Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeder Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig i. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2281. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Koch Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 11. Januar 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 8

Die einheitliche Kampffront marschiert

Für entschädigungslose Fürstenenteignung

Die Massen finden sich trotz Führersabotage der SPD.

„Die, heute, am Sonntag, dem 10. Januar, vom Gewerkschaftskartell Torgau in den „Bürgergarten" einberufene öffentliche Kundgebung aller Hand- und Kopfarbeiter **ohne Unterschied der Parteirichtung** gegen den Millionenraub der fürstlichen Parasiten beschließt, **einig und geschlossen und mit allen Mitteln** sich einzusetzen für:

1. **Restlose und entschädigungslose Enteignung aller deutschen Fürstenhäuser.**
2. **Verwendung des enteigneten Fürstenvermögens für Kriegsbeschädigte, Erwerbslose und Sozialrentner und für die Entschädigung der kleinen Sparer und Rentner.**
3. **Volksentscheid in diesem Sinne.**

Die Versammlung begrüßt es, daß die KPD. den Versuch unternommen hat, für diese Forderungen ein **Zusammengehen der proletarischen Organisationen herbeizuführen.** Sie erwartet von diesen, insbesondere aber von der SPD. und dem ADGB., daß sie den im Interesse des gesamten Proletariats liegenden Vorschlag der KPD. **unbedingt annimmt.**

Die Versammlung gibt **dem Ausschuß für Fürstenenteignung,** der sich aus verschiedenen politischen und kulturellen Organisationen gebildet hat, **die Zusicherung aktivster Sympathie** und ersucht die von diesem Ausschuß unter dem Vorsitz von Dr. Heinsius beim Reichsinnenministerium beantragte **Einleitung des Volksbegehrens.**

Alle Anwendenden ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit versprechen die regste Unterstützung aller auf den Volksentscheid gerichteten Schritte."

★

Diese in der Kundgebung gegen den Fürstenraubzug in Torgau einstimmig angenommene Entschließung ist charakteristisch für die Resolutionen, die überall einmütig in allen 16 großen Kundgebungen des Bezirks Halle-Merseburg am Sonnabend und Sonntag angenommen wurden. Ueberall fanden sich in einer Stimmigkeit, **wie wir sie seit der Revolution noch niemals erlebt haben,** die Massen des Proletariats, **die Massen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und sogar Teile des Kleinbürgertums** zu wuchtigen Kundgebungen bzw. Demonstrationen zusammen. Ganz offensichtlich ist es, daß diese Einmütigkeit für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten das **schärfste Mißtrauensvotum,** wie selbstverständlich gegen die bürgerlichen Parteien, so besonders aber auch **gegen die Führung der SPD. und des Reichsbanners** ist.

Wir haben es schon erlebt, so z. B. in einer öffentlichen Versammlung in Teuchern, daß **die Reichsbannerleitung mit ihrer Resolution für die Fürstenabfindung unter den Tisch gefallen** ist und dafür eine von kommunistischer Seite eingebrachte Resolution auf entschädigungslose Enteignung angenommen wurde. Der **offizielle Reichsbannerredner Gebhardt aus Halle** reist inzwischen immer noch im Bezirk herum, um die Reichsbannerleute und sozialdemokratischen Arbeiter einzufangen für **„angemessene" Fürstenrenten** im Sinne des bürgerlich-demokratischen Antrages im Reichstag.

Die gestrigen und vorgestrigen Veranstaltungen waren in erster Linie ein Beweis dafür, daß die **Klassengenossen im Reichsbanner und in der SPD. diese schändliche Einstellung, die so recht der Ausdruck sozialdemokratischer Koalitionspolitik mit dem Bürgertum ist, in einer so scharfen Form ablehnen, wie wir das bisher noch bei keiner politischen Frage erlebt haben.**

Um nur einen Fall zu nennen: in der Kundgebung in **Torgau,** wo der Genosse Maslowski referierte, hat der **Vorsitzende der SPD.-Ortsgruppe sich öffentlich ausdrücklich mit dem Referat des Genossen M. und dem Vorgehen der Kommunisten einverstanden** erklärt. Er werde, als auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehend, in seiner Organisation für das **Zusammengehen der sozialdemokratischen Arbeiter mit den kommunistischen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten** sich einsetzen. Dieselbe Erklärung gab der Vertreter des **Reichsbanners** ab, der sich ausdrücklich **gegen die Ausführungen des offiziellen Reichsbannerredners Gebhardt aus Halle in der Oeffentlicher Versammlung wandte.**

So zeigt sich, daß die Sammlung der Massen für den Volksentscheid, gegen das Fürstenpack die besten Fortschritte macht. Die Massen, die am gestrigen Sonntag aufmarschiert waren, so **allein in Zeitz 8000 Mann,** sind ein Beweis dafür, daß **die proletarische Einheitsfront auf dem Marsche** ist, trotz aller Sabotageversuche der rechten sozialdemokratischen Führer, denen der Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht in den Kram paßt, da er die von ihnen nach wie vor erstrebte **Große Koalition mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei** unmöglich machen würde.

(Nähere Berichte über die Kundgebungen auf der 7. Seite.)

Der erste Schritt: Volksbegehren!

Uns wird geschrieben:

Das Verlangen, den schamlosen Ansprüchen der Fürstenhäuser durch den Volksentscheid einen Riegel vorzuschieben, erfaßt von Tag zu Tag breitere Kreise. Diese Bewegung darf nicht wieder versanden, sie muß zu einem positiven Abschluß gebracht werden, und **der erste Schritt ist das Volksbegehren,** für dessen Durchführung sich nunmehr eine größere Anzahl politischer, kultureller und wirtschaftlicher Organisationen entschlossen haben. Die Publizierung der Richtlinien, die dem einzubringenden Gesetzentwurf zugrundegelegt werden sollen, hat unter den breiten Massen ein lebhaftes Echo wachgerufen. Der von den Organisationen eingesetzte Ausschuß hat bereits eine große Anzahl von Zustimmungserklärungen erhalten, wobei zu bemerken ist, daß diese in erster Linie aus bürgerlichen Schichten kamen. Aber auch aus sozialdemokratischen Kreisen laufen fortgesetzt zustimmende Erklärungen ein, und von allen Seiten wird betont, daß **die entschädigungslose Enteignung, wie sie von Anfang an von den Kommunisten gefordert wurde, die einzig mögliche Form sei, die für den Gesetzentwurf in Frage kommen können.**

Obwohl die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und auch das Reichsbanner zu der Sitzung des Ausschusses, in der die Richtlinien für den Gesetzentwurf ausgearbeitet wurden, eingeladen waren, hat es keine der Spitzenorganisationen für nötig **befunden, an der Sitzung teilzunehmen.** Dessen ungeachtet hat der Ausschuß beschlossen, die in Betracht kommenden Organisationen **erneut zu seiner Sitzung zu laden;** er steht auf dem Standpunkt, daß es sich hier durchaus nicht um eine reine Parteisache, sondern um eine **Angelegenheit der breiten Massen des Volkes** handele. Je mehr Organisationen sich dem Volksbegehren anschließen, um so besser. **Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Reichsbanner haben also noch Zeit, sich dem Volksbegehren anzuschließen.** Tun sie das nicht, dann werden die in dem Ausschuß vereinigten Organisationen das Volksbegehren aus eigenen Kräften betreiben; sie sind sich dessen sicher, daß dieser Schritt nicht nur den Wünschen ihrer eigenen Anhänger, sondern **auch den Wünschen der sozialdemokratischen Arbeiter und der Gewerkschafter entspricht.** Diese werden sich, auch wenn ihre Organisationen das Volksbegehren sabotieren sollten, über die Köpfe der Führer hinweg mit Feuereifer an der Bewegung beteiligen. Die sich häufenden Proteste aus allen Teilen des Reiches beweisen zur Genüge, in welchem Lager bei der Frage der Fürstenabfindung die breiten Massen stehen. **Der Volksentscheid entspricht tatsächlich einem Begehren des Volkes.**

Wenn nun die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und das Reichsbanner etwa erklären sollten, **für eine entschädigungslose Enteignung** ließe sich **keine Mehrheit** zustande bringen, so muß dieser Einwand von vornherein damit entkräftet werden, daß **ohne eine zugkräftige Parole die Massen nicht in Bewegung gebracht werden können.** Warum sollen auch die Fürsten anders behandelt werden als die erwerbslosen Arbeiter und die enteigneten Mittelschichten, denen durch die Inflation der letzte Groschen weggenommen wurde?

Enteignung mit Entschädigung hieße für die Fürsten eine Ausnahme schaffen, Enteignung ohne Entschädigung heißt: gleiches Recht für alle! Diese Form der Fürstenabfindung ist auch verfassungsmäßig die allein richtige. Die Enteignung soll ja zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen, und in erster Linie den Bedürftigen, den Kriegsbeschädigten und Sozialrentnern zugute kommen, jenen also, die nicht zuletzt dank der Schuld der ehemaligen Fürsten in ihre traurige Lage gekommen sind.

Obendrein: Ist denn für die Fürsten nicht schon genügend gesorgt? Die meisten von ihnen beziehen, was bis jetzt noch nicht bekannt war, als ehemalige Offiziere des kaiserlichen Heeres, eine

Bereits 5000 Zustimmungserklärungen beim Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids

Berlin, 11. Januar.

Beim Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 48, sind bereits über 5000 schriftliche Zustimmungserklärungen aus dem ganzen Reiche eingelaufen. Charakteristisch ist, daß sie in der Hauptsache aus bürgerlichen Kreisen bis weit in die Rechtskreise stammen und sämtlich die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern. Auch aus Kreisen der technischen Angestellten und der Beamten liegen zahlreiche Sammelzustimmungserklärungen mit vielen Unterschriften vor, Ebenso aus Alterstiften, von Witwen und aus den Kreisen des durch die Inflation verarmten Mittelstands. In fast allen Zuschriften wird betont, daß **von den Parlamenten keine dem Willen des Volkes entsprechende durchgreifende Enteignung zu erhoffen und deshalb die Durchführung des Volksentscheids unerläßlich ist.**

Der Weg aus der Wirtschaftskrise

Die dringendsten von der Arbeiterschaft zu erzwingenden Maßnahmen

Kommunistische Interpellation gegen den Rationalisierungsplan der Unternehmer

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Die katastrophale Wirtschaftskrise mit ihrer Massenverelendung nimmt immer krassere Formen an. Weitere Verschärfungen stehen bevor, denn die Rohstofferzeugung zeigt noch durchaus rückläufige Tendenz. Kohlensyndikat und Kalisyndikat haben infolge weiterer Abrufgänge erneut ihre Produktion gedrosselt. Die Eisenerzverhütung ist von 65 Prozent auf 50 Prozent weiter herabgesetzt. Die Produktion von Produktionsmitteln ist fast völlig zum Stillstand gekommen. Das muß zu einem weiteren Rückgang der Beschäftigung in den verarbeitenden Industrien führen. Betriebsstillegungen und Massenarbeitslosigkeit nehmen denn auch unerbittlich weiter zu. Trotz reichlicher Ernte und gesteigerter Fleischproduktion wächst das Elend der arbeitenden Massen. Große Teile der Kartoffel-, Obst- und Gemüseernte blieben unverkäuflich, was verbunden mit Wucherzinsen und hohen Industriepreisen auch zum Ruin zahlloser Kleinbauernwirtschaften führt. Großhändler und Großhändler aber halten aus spekulativen Gründen die Preise fest — Rückgang des Düngemittelbezuges und der Bestellungen auf landwirtschaftliche Maschinen lassen einen katastrophalen Rückgang in der gesamten landwirtschaftlichen Produktion für die kommenden Jahre befürchten.

Gegenüber der technisch hochentwickelten, billiger produzierenden englischen Industrie und der auf Frankeninflation beruhenden Schleuderkonkurrenz der französischen Industrie ist eine Niederlage der deutschen Industrie für die nächsten Monate zu erwarten. Außerdem sperrt sich England gerade jetzt in hohem Maße durch Hochschutzzölle bis zu 33⅓ Prozent auch gegen die deutschen Fertigwarenfabrikate systematisch ab. Darüber hinaus ist die englische Kohle infolge von Staatssubventionen noch als billiger Konkurrent auf dem deutschen Markt im Vormarsch.

Diese verschärfenden Anzeichen werden so ernst beurteilt, daß man nicht nur mit einer zeitweiligen Stillegung deutscher Betriebe, sondern mit deren Abbruch in großem Umfang rechnet. Das aber heißt eine Millionenarbeitslosigkeit in Deutschland auf Jahre hinaus stabilisieren.

Diese Wirtschaftskatastrophe ist mit verschuldet durch die verbrecherische Zoll- und Steuerpolitik der letzten Jahre, die den Absatz erschwerte und die Teuerung steigerte, weil eine Jahreslast von mehr als 10 Milliarden Umsatz-, Verbrauchs-, Verkehrs- und Realsteuern in die Preise einkalkuliert werden. Damit wird rund ein Drittel des Gesamteinkommens für Deutschland der Bevölkerung durch Steuerabgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden abgepreßt. Große Teile dieser Steuergelder werden aber laufend dazu verwendet, den Großbanken wucherische Zinsgewinne zuzuschanzen. Die Großbanken erhalten Milliarden an Steuergeldern und Sparguthaben für 7½ bis 8 Prozent, um sie dann mit großen Zwischengewinnen zu doppelten Zinssätzen, also etwa 15 Prozent, als Wirtschaftskredite herzugeben. Das ist eine Vorbelastung, die erneut preistreibend wirkt. In gleicher Weise wird von den Großbanken mit amerikanischen Krediten gewuchert. Die 3,5 Milliarden Amerika-Kredite haben zwar zeitweilig einzelne Industrien angestachelt, aber durch den hohen Zinsfuß die Produktion so verteuert, daß weder die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt, noch ein Absatz bei den verelendeten Volksmassen in Deutschland gesichert werden konnte.

Auch der von den Unternehmern so oft gepriesene Rettungsweg der Arbeitszeitverlängerung und Lohndrückerei, der Ueberarbeit und Mehrleistungen hat keineswegs die schwere Wirtschaftskrise verhindern können.

Wir fragen die Regierung, wann endlich sie Maßnahmen ergreifen will, um einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken und das vorhandene Massenelend wenigstens teilweise zu lindern?

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0001

Pension, die zur Bestreitung eines glänzenden Unterhaltes restlos ausreicht. Der Herzog von Württemberg und Ruprecht von Bayern erhalten als ehemalige Armeeführer monatlich mindestens 2000 Mk. Pension, auch die Hohenzollernprinzen gelten als pensionierte Offiziere und der ehemalige Kronprinz von Preußen, der gegenwärtig in Oels auf einer Besitzung von 45 000 Morgen thront, steckt neben den Erträgnissen aus seinem Gute monatlich 2000 Mark Pension als ehemaliger Heeresführer ein. Es wäre doch sonderbar, wenn sozialdemokratische Führer behaupten wollen, mit solchen Summen liehe sich nicht auskommen, man müsse den kaiserlichen Prinzen obendrein noch eine Rente zugestehen!

Was aber die Versorgung des alten Herrn in Doorn anbelangt, so mögen, wenn die Enteignung durchgeführt ist, ruhig die Söhne und Enkel, die alle im besten Alter stehen und voll erwerbsfähig sind, sich seiner Versorgung annehmen. Sie haben ja alle eine vorbildlich christliche Erziehung genossen und somit wohl hoffentlich auch das vierte Gebot gelernt, wissen also, was sie den Eltern schulden. Von einer ehrlichen Arbeit der vormaligen Prinzen kann auch der republikanische Staat nur profitieren: wenn die Herrschaften erst einmal für ihren Unterhalt selber sorgen müssen, werden sie weniger Zeit haben, bei militärischen Paraden zu prunken und monarchistische Hetzreden zu halten. Leuchtet das nicht wenigstens dem Reichsbanner ein?

Das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung hat also alle guten Gründe für sich, die Gebetene dieser Aktion haben für sich alle schlechten Gründe. Und darum gilt es, alle künstlich konstruierten Einwände beiseite zu schieben und eine Einheitsfront zu formieren, die dem Volksbegehren den gewünschten Erfolg bringt. Die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gibt dem gesamten werktätigen Volke gerade in dieser Zeit der wirtschaftlichen Not, der sozialen Krise und des politischen Drucks eine nie wiederkehrende Gelegenheit, seine Macht zu entfalten. Von der Bewegung gegen die Fürstenabfindung muß eine allgemeine Aktivierung der Arbeiterklasse überhaupt ausgehen. Das Volksbegehren ist mehr als eine Stimmenzählung, es ist ein Prüfstein, zeigend, daß die Massen fähig sind zum entschlossenen Handeln!

Der Zeitzer Kreistag fordert restlose Enteignung der Exfürsten

Im Kreistag für den Kreis Zeitz wurde mit 14 gegen 8 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„In Anbetracht der traurigen wirtschaftlichen Lage, in welcher sich die gesamte werktätige Bevölkerung Deutschlands befindet, bedeutet es eine Verhöhnung aller Kurzarbeiter, Erwerbslosen, sowie Sozialrentner, wenn von rechtsgerichteter Seite eine Abfindung an alle ehemaligen Fürsten gefordert wird.

Der Kreistag verlangt vom Reichstag und Preußischen Landtag die Schaffung eines Gesetzes, welches die restlose Enteignung aller fürstlichen Räuber vorsieht.

Die dadurch freiwerdenden Geldmittel sind den Ländern, Provinzen, Kreisen und Gemeinden zur Verfügung zu stellen zwecks

1. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf ein menschenwürdiges Maß,
2. Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte, sowie alle Sozial- und Kleinrentner,
3. Erhöhung der Gehälter aller unteren Beamtengruppen gemäß der Gewerkschaftsforderungen.

Die freiwerdenden Schlösser, Villen und dergl. sind umzuwandeln in Erholungsheime für Kriegsbeschädigte, Kranke, Kinder usw. Die Domänen sind im Staatsbesitz als Mustergüter zu führen."

„Liga für Menschenrechte" für entschädigungslose Fürstenenteignung

Statt Gerlach und Ströbel — Gumbel und Schoenaich in den Vorstand gewählt!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. Januar.

Auf der gestrigen Generalversammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte stand unter anderem ein Antrag von Dr. Robert Kuczynsky auf Unterstützung eines Volksbegehrens für entschädigungslose Enteignung der Fürsten auf der Tagesordnung. In der sich daran anschließenden Debatte erklärte sich Hellmuth von Gerlach für eine Entschädigung der Fürsten. Der Antrag Kuczynsky wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen und beschlossen, daß die Deutsche Liga für Menschenrechte übermorgen die Vereinbarungen mit den linksgerichteten Organisationen unterzeichne, die sich für ein Volksbegehren einsetzen. Auf Grund der Debatte wurden bei der Wahl in den Vorstand Hellmuth von Gerlach sowie der Sozialdemokrat Ströbel nicht mehr gewählt. An ihre Stelle treten Gumbel und General von Schoenaich.

Kongreß der Kolonialvölker

Eine Reihe von Kolonialvölkern ist erwacht. An verschiedenen Stellen der Welt flammen neue Kämpfe auf. Kolonialvölker versuchen, die imperialistischen Fesseln abzuschütteln. Die kapitalistischen Unterdrücker der Kolonialvölker unternehmen es, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, der Bewegung Herr zu werden. Sie täuschen die Welt über ihre wahren Absichten; sie spielen sich als Kulturträger auf und versuchen, die Freiheitskämpfer in ihren eigenen Ländern der übrigen Welt als unlautere Elemente zu verdächtigen.

Eine Reihe von Kolonialgruppen der in der Kolonialbewegung interessierten Völker ist an das „Komitee gegen Kolonialgreuel" mit der Anregung herangetreten, einen Kongreß der Kolonialvölker einzuberufen, auf dem über das Wesen der imperialistischen Kolonialpolitik und die Abwehrkämpfe der unterdrückten Völker der Welt Aufklärung gegeben werden soll. Unter Mitwirkung verschiedener Vertreter solcher Nationalgruppen hat das Komitee in seiner Sitzung am 7. Januar 1926 beschlossen, für März 1926 nach Brüssel einen Kolonialkongreß einzuberufen. Es wurde eine vorläufige Tagesordnung festgesetzt, sie lautet:

1. Imperialistische Kolonialpolitik, ihr Zweck und ihre Auswirkung;
2. Erwachende Nationalvölker und ihre Befreiungskämpfe;
3. Das Interesse der Arbeiter und der sympathisierenden Bourgeoisie an den Kämpfen in den Kolonien.

Es liegt bereits eine Reihe von Anmeldungen vor. Der Kreis der Einladungen soll ziemlich weit gezogen werden. Es wird erwartet, daß Vertreter Chinas, Syriens, Liberias, des Rifs, der Drusen, der Türkei usw. erscheinen. Ferner sind eingeladen: alle nationalistischen Gruppen der Kolonialvölker, Studentengruppen in China, Paris, Brüssel, Genf usw., sodann stehen auf der Liste der Eingeladenen die chinesischen und indischen Gewerkschaften, die Negergewerkschaft in Südafrika, sämtliche Kolonialgruppen des Internationalen Transportarbeiterverbandes, der Negerkongreß und der indische Kongreß, die drei Negerorganisationen in Amerika. Ferner erhalten Einladungen die Kolonialgruppen der Internationalen Arbeiter-Hilfe in Peking, Indien, Südafrika, Aegypten, Nordafrika und Australien.

Das vorbereitende Komitee ist beauftragt, lautwerdenden Wünschen in bezug auf Berücksichtigung bei den Einladungen in weitestgehendem Maße zu entsprechen.

Kommt die Große Koalition?

Anarchie in der sozialdemokratischen Führerschaft

Die Frage der Regierungsbildung ist in ihr entscheidendes Stadium getreten. Hindenburg hat ein Ultimatum gestellt, die Parteiführer Koch und Fehrenbach zu sich herufen und ihnen erklärt, daß er nur noch wenige Tage die Entschließungen der Parteien zur Frage der Großen Koalition abwarten werde, um dann endgültig wieder Luther zum Reichskanzler zu berufen. Inzwischen eröffnet die Zentrumspresse und die demokratische Presse in verstärktem Maße ein Trommelfeuer auf die SPD. bezüglich der Großen Koalition. Mit Mehrheit hat gestern die Reichs- und Landtagsfraktion des Zentrums beschlossen, noch einmal an der Großen Koalition festzuhalten. Darüber hinaus richtet die „Germania" und das „Berliner Tageblatt" direkt den Revolver auf die Brust der SPD. „Entscheidungsstunde des Parlamentarismus", „Letzte parlamentarische Regierung", das ist der Ton, auf den die Zentrums- und Demokratenpresse abgestimmt ist.

Der „Vorwärts" läßt sich diese „Vergewaltigung" wohlgefallen. Aus Vorsicht aber gibt er seiner Freude, nun doch noch in die Große Koalition treten zu dürfen, einen diplomatischen Ausdruck. Die Sonntag-Ausgabe wird überschrieben: „Große Koalition oder Luther." „Der Reichspräsident drängt." Der „Vorwärts" äußert sich zwar selbst nicht zur Frage der Großen Koalition, aber die Ueberschrift genügt. Mit dieser Ueberschrift besagt der „Vorwärts" nichts anderes als: Man muß sich für das kleinere Uebel, die Große Koalition, entscheiden, zumal in einem weiteren Artikel der Spitze des Sonntags-„Vorwärts" von den Plänen der Deutschnationalen gesprochen wird, die Deutsche Volkspartei nach der politischen Erledigung Stresemanns zur Domäne der Deutschnationalen Volkspartei zu machen.

Die Sozialdemokratie ist heute nichts anderes als ein hilfloses Wrack, das ziel- und steuerlos auf den Wogen der Politik umhertreibt.

Man kann in der Frage der Großen Koalition innerhalb der Sozialdemokratie vier Richtungen unterscheiden. Die erste Richtung tritt unter allen Umständen für die Große Koalition ein. Bis jetzt ist es gelungen, den Ortsverein Karlsruhe mit Hilfe der Großen-Koalitionsfanatiker Schöpflin, Remmele und Marum, den Ortsverein Essen mit Limperg an der Spitze und den Bezirk Hessen durch ein Referat Scheidemanns mit geringem Widerstand für die Große Koalition zu gewinnen. Einen Mißerfolg haben die Befürworter der Großen Koalition aber in Stuttgart erhalten, wo sie bestimmt einen Sieg erhofften, nachdem die ganze württembergische SPD.-Presse vorher für die Große Koalition getrommelt hatte.

Das ist die erste Richtung. Die zweite Richtung sind die Schweigsamen. Eine ganze Reihe von Bezirken hat sich überhaupt noch nicht zu der Frage der Großen Koalition geäußert. Bezeichnend hierfür ist der Bezirk Halle-Merseburg. Für das „Volksblatt" und für die hiesige Sozialdemokratische Partei scheint die Frage der Großen Koalition überhaupt nicht zu existieren. Man geht nicht fehl, wenn man dies feige Verhalten so bewertet, daß die Führergarnitur dieser betreffenden Bezirke vorbehaltlos das tun und gutheißen werden, was in den nächsten Tagen herauskommt.

Als dritte Richtung folgt der Sumpf. Er wird am charakteristischsten verkörpert durch Sollmann. Sollmann sagt ganz offen, die Gegnerschaft gegen die Große Koalition entspringt nur der Angst, daß man nach kurzer Zeit, d. h. nach getaner Arbeit, die SPD. wieder aus der Koalition hinauswerfen könnte. Er will lediglich eine Garantie für die Dauerhaftigkeit haben. Wenn diese gegeben wird, ist man selbstverständlich für die Große Koalition. Sollmann schreibt wörtlich:

„Wer für die Große Koalition sich einsetzt, — schreibt Sollmann in seinem Artikel — hat die Pflicht, uns wenigstens einige Aussichten und Wahrscheinlichkeiten für ihre längere Dauer anzuführen. Nicht einmal der Scharfsinn des Genossen David hat das vermocht. Von den Nur-Literaten, die uns Weihnachts- und Neujahrspredigten gehalten haben, darf man füglich schweigen." (Dieser Nur-Literat ist übrigens Scheidemann mit seinem Neujahrsartikel für die Große Koalition. D. Red.)

„Jeder ernsthafte Versuch einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition muß die längere Dauer dieser Regierungen zum Ziele haben. Einstweilen ist das Vertrauen zu dieser Dauer weder bei der Deutschen Volkspartei noch bei der Sozialdemokratie vorhanden. Beide Parteien belauern sich mit dem schärfsten Mißtrauen. Diese offenkundige politische Tatsache sollten diejenigen, die trotz allem jetzt die Große Koalition für möglich halten, nicht verschleiern, sondern versuchen, eine andere politische Atmosphäre zu schaffen."

Die vierte Richtung ist die einer ganz entschiedenen Ablehnung der Großen Koalition. Dieser Ansicht sind natürlich in erster Linie die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter. Am klarsten vertritt diese Richtung in der sozialdemokratischen Presse zurzeit das Zwickauer „Sächsische Volksblatt", das zwischen den Zeilen für ein Zusammengehen mit den Kommunisten eintritt.

Der Zeitzer „Volksbote" nimmt eine unklare Stellung ein, ebenso die Chemnitzer „Volksstimme". Sie schwanken zwischen dem Sumpf (Sollmann) und der entschiedenen Ablehnung.

Die Anarchie der SPD.-Führung in der Frage der Großen Koalition ist der Ausdruck dafür, daß das politische Fundament der SPD., die Koalition mit dem Bürgertum, ins Schwanken geraten ist. Der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese Politik hat eine solche Anarchie und Verwirrung der SPD.-Führerschaft angerichtet, daß keine einheitliche Linie mehr gewonnen werden kann. In einer solchen Situation bleibt es in verstärktem Maße die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter in den Betrieben, zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern den Kampf gegen die Koalitionspolitik überhaupt aufzunehmen und ihn so zu steigern, daß die SPD.-Führung vollkommen den Boden für eine irgendwie geartete Koalitionspolitik mit dem Bürgertum unter den Füßen verliert.

Reichsbannerleitung für „angemessene" Fürstenrenten!

Reichsbannerproleten gemeinsam mit roten Frontkämpfern dagegen

Am Freitag veranstaltete das Reichsbanner Weißenfels eine Protestkundgebung gegen die Fürstenabfindung. Sofort, als am Mittwoch die Veranstaltung bekannt wurde, traten die roten Frontkämpfer an das Reichsbanner heran, um eine gemeinsame Kundgebung zu erreichen. Mit allerlei Ausflüchten, wie die Bundesleitung des Reichsbanners wäre dagegen, verhinderte der Vorstand eine gemeinsame Kundgebung, obwohl sehr viele Reichsbannerkameraden dafür waren, und offen auf der Straße ihren Unwillen zum Ausdruck brachten. Das Reichsbanner sammelte sich vor der Veranstaltung um 7 Uhr auf dem Neumarkte, während die Frontkämpfer sich an der Brücke aufstellten, um das Reichsbanner an sich vorüber ziehen zu lassen. Die Kameraden Färber, Kotulla und Genosse Scheibner wurden beauftragt, nochmals mit dem Reichsbanner zu verhandeln. Auf dem Neumarkte machten viele Reichsbannerleute ihrem Aerger Luft, weil die Führer etwas eine gemeinsame Demonstration ablehnten und forderten unsere Genossen auf, trotzdem sich anzuschließen. Ein Spielmann erklärte, unter lebhafter Zustimmung seiner Kameraden: „Wenn sie uns zuviel machen, dann schmeißen wir den Dreck hin". Unsere Genossen erklärten den Kameraden vom Reichsbanner, daß wir noch als Proleten zu handeln wissen und mit ihnen gemeinsam demonstrieren werden. An der Brücke schallte den Reichsbannerleuten ein rasches „Rot Front!" entgegen und der RFB. schloß sich mit [illegible] und zwei Fahnen an.

In der Protestversammlung in „Schumanns Garten" referierte der Gauleitsekretär Gebhardt von Magdeburg und behandelte in demokratischer Weise das Thema: „Gegen die Fürstenabfindung". Erst verlangte er, daß die ehemaligen Fürsten stempeln gehen sollen, dann wieder sollten die Länder „angemessene" Abfindungen zahlen. Er gab die Möglichkeit einer Enteignung zu, aber er sei [illegible] daß der Volksentscheid nicht dieselbe bringen würde. Weiter wurde es sich verbitten, daß die Steuerzahler die Mittel aufbringen, damit die Fürsten als Rentiers herumlaufen könnten. Das gehörte eigentlich vor ein Gericht gestellt. Ein Reichsgesetz müsse sofort geschaffen werden, welches den Ländern die Regelung der Abfindung überläßt. Sie, als Schutzorganisation der Republik, wollen auch in dieser Frage die Republik zu schützen wissen, denn wer dieselbe angreife, würde sie nicht mit den Händen in den Taschen finden. Die Entscheidung liege jetzt beim Reichstag, der das Reichsgesetz bringen muß, welches den Fürsten einen Teil der Güter nimmt und nur „angemessene" Renten gibt.

In der Diskussion sprach der Genosse Scheibner in stündigen Ausführungen, in welchen er für die restlose Enteignung aller Fürstenhäuser und Durchführung eines Volksentscheides eintrat. Er erläuterte die vom Referenten vertretenen Halbheiten und zeigte an den Beispielen von Rodespierre und Bismarck, wie in der Frage der Fürstenforderungen gemacht werden soll. Kein Pfennig für die Fürsten und alle diese flüssig gemachten Mittel dem Volke, muß jetzt unsere Aufgabe sein. Der Volksentscheid wird Millionen aller Schichten ein entschiedenes Ja auslösen, wenn die Bevölkerung und nicht das Parlament entscheiden lasse. Lebhafter Beifall bewieß, daß die Mehrzahl der Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war.

Weiter wurde der ehemalige SPD.-Mann wieder einmal [illegible] und trat für eine Enteignung der Fürsten ein.

Im Schlußwort behauptete der Gauleiter Gebhardt, daß in Frankreich noch viele ehemalige russische Fürsten lebten, welche heute Renten beziehen würden. Diese infame Lüge löste in der Versammlung einen Entrüstungssturm aus und Genosse Scheibner zeichnete Gebhardt als gemeinen Lügner, wenn er den Beweis dafür erbringen kann.

Gebhardt erklärte, daß die Entschließung auf keinen Fall die Enteignung der Fürsten enthalten dürfe und sagte wörtlich: „Sie dürfen uns doch in keine Situation bringen, die uns mit unserer inneren Ueberzeugung in Widerspruch bringt. Ich appelliere an Ihr Anstandsgefühl."

Er glaubte in der Versammlung Eindruck zu wecken, indem er einem angeblichen Rundschreiben der Bundesleitung des [illegible] einen Absatz zitierte, wo darin die Zerfetzung des Reichsbanners verlangt würde.

Der Versammlungsleiter Grünbener ersuchte die Einbringer der Entschließung vom RFB. zu einer kurzen Aussprache, damit die vorliegenden Entschließungen zu einer vereinigt werden können und somit der Eindruck und das Ziel gemeinsam zum Ausdruck komme. Nach viertelstündiger Verhandlung wurde eine Entschließung gegen 3 Stimmen angenommen, die die Enteignung der Fürsten und nötigenfalls einen Volksentscheid dafür verlangt.

Die Versammelten versprechen, alle Kräfte für diese Forderung einzusetzen und in ihren Organisationen für deren Durchsetzung zu wirken.

Am Schlusse ließ der Versammlungsleiter die Republik hochleben, was aber nur vereinzelt geschehen ist, während sofort Genosse Scheibner ein Hoch auf das revolutionäre internationale Proletariat ausbrachte, welches wie ein Orkan durch den Saal brauste. Die Versammlung endete mit dem allgemeinen Gesang: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit".

Löbe für Fürstenrenten auf Lebenszeit!

Reichsbannerkameraden, seid auch Ihr dieser Ansicht?

(Eig. Drahtm.) Frankfurt a. M., 11. Januar.

In einer republikanischen Versammlung in Frankfurt am [illegible] die gestern stattfand, meinte Loebe, daß die Fürsten die Hoffnung auf Wiederherstellung der Monarchie für immer aufgegeben müssen, weil sie heute Prozesse gegen den Staat führen. Der Reichstag soll den Volksentscheid vorbereiten, aber für Fürsten kein Auslandsvermögen haben, soll eine Rente auf Lebenszeit ausgesetzt werden.

Der Weg aus der Wirtschaftskrise

Kommunistische Interpellation

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Ist die Regierung insbesondere bereit, sofort:

1. den Achtstundentag in vollem Umfange in Stadt und Land wieder herzustellen und die maßlose Ausplünderung der Arbeitskraft einzudämmen und wenigstens einen Teil der Arbeitszeit wieder von der Straße zu bringen;
2. der Lohndrückerei entgegenzuwirken und sich für eine Erhöhung des Reallohns und damit der Kaufkraft der arbeitenden Massen einzusetzen, indem sie mit Lohnerhöhungen für Staats-, Gemeindebetriebe, Domänen usw. vorangeht;
3. alle Anträge auf Stillegungen oder Betriebsschränkungen einer ans Vertretern der Gewerkschaften, Branche und den Betriebsräten des Unternehmens zur Prüfung aller Unterlagen zu bildenden Kommission zur Entscheidung vorzulegen und der Entlassung von Landarbeiter während des Winters zu verbieten;
4. Staatskredite nur zu geben unter der Bedingung der Staatsbeteiligung und der Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte;
5. Enteignung und Verstaatlichung oder Kommunalisierung vorzunehmen, wenn sich Unternehmer weigern, Betriebe fortzuführen, die nach der Entscheidung der Arbeitnehmerschaften und Betriebsräten zusammenzusetzenden Prüfungskommission fortzuführen sind;
6. neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, indem die Länder und Gemeinden den Bau von Wohnungen, Lehrseinrichtungen und sonstigen Anlagen, die dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse dienen, zu Tariflöhnen und mit der Regie einleiten;
7. den verbleibenden Erwerbslosen durch Gewährung der Unterstützung von 80 Prozent der durch Tarifvertrag üblichen Tariflöhne eine bescheidene Existenz zu geben;
8. die preistreiberischen Verbrauchs- und Verkehrssteuern zu beseitigen, die steuerliche Belastung der Bauern und die alles ruinierenden Zölle aufzuheben;
9. den Zinssatz der Reichsbank, der Rentenbankkreditanstalt und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln herabzudrücken und wucherische Kreditmonopol der Großbanken zu brechen;
10. die Lage der Kleinbauern zu erleichtern durch Steuererleichterung von Zwangsvollstreckungen, Niederschlagung kurzfristiger Landwirtschaftskredite, Lieferung billiger Düngemittel, Saatgut usw. und Förderung eines fortschrittlichen Genossenschaftswesens;
11. die Rentensätze der Sozialrentner mit rückwirkender Wirkung zu verdoppeln, die Teuerungszulage der Kriegsopfer zu erhöhen und einheitliche Richtsätze in der Sozialfürsorge das Reich festzusetzen; und schließlich
12. durch ein großzügiges Wirtschaftsabkommen mit der Sowjet-Rußland, das bei niedriger Preisbildung dem Weltmarkt ist, dem größten Teil der deutschen Arbeiterschaft nützliche Lieferungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0002

Die deutschnationale Fraktion deckt die Korruption des bezahlten Fürstenknechts Everling

Ein kommunistischer Antrag gegen die parlamentarische Korruption

Im Rechtsausschuß des Reichstags gab am Sonnabend, dem 9. Januar 1926, der Abgeordnete Dr. Barth, als Obmann der deutschnationalen Fraktion, folgende Erklärung ab:

„Die deutschnationale Fraktion im Rechtsausschuß hat einstimmig die Aufforderung an ihr Mitglied Everling gerichtet, an den Beratungen des Rechtsausschusses weiter mitzuwirken."

Gegen diese empörende Stellungnahme wurde sofort von den Kommunisten und Sozialdemokraten der schärfste Protest eingelegt. Die kommunistischen Vertreter, die Genossen Neubauer und Korsch, erklärten, daß damit die Korruption eines einzelnen Ausschußmitgliedes sich erweitert hätte zu der **Korruption einer ganzen parlamentarischen Partei.** Der Abgeordnete Everling antwortete mit einem verlegenen Gestammel darüber, daß er seine jetzige Stellung zu der Frage der Auseinandersetzung mit den Fürsten auch schon früher eingenommen hätte, als er noch nicht Reichstagsabgeordneter war.

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende, der Zentrumsabgeordnete Schulz, versuchte daraufhin die weitere Debatte über diese Frage abzuschneiden, indem er darauf hinwies, daß die jetzt zur Erörterung stehende thüringische Frage wichtiger wäre. Genosse Korsch erwiderte darauf mit schneidendem Hohn, indem er darauf hinwies, daß es die Ausschußmehrheit bisher mit der Erfüllung dieser wichtigen Pflichten durchaus nicht so eilig gehabt hätte. Sie hatte **vor Weihnachten sich geweigert, in die sachliche Debatte über die dringendste Frage, den kommunistischen Antrag auf Erlaß eines Sperrgesetzes überhaupt einzutreten** und auch jetzt im neuen Jahr sei von großer Eile in den Beratungen des Ausschusses sonst wenig zu spüren. Unter diesen Umständen müsse die kommunistische Fraktion erklären, daß heute die **sofortige Herstellung der parlamentarischen Reinheit** doch wichtiger sei, als das heute so wie so nicht zu erledigende thüringische Material. Er wies darauf hin, daß der Aufwertungsausschuß, in dem ebenfalls deutschnationale Mitglieder am allerstärksten mit dem Vorwurf der Korruption behaftet gewesen wären, seinerseit sogar eine besondere Sitzung anberaumt hatte zu dem einzigen Zweck, den gegenüber dem Ausschuß erhobenen Vorwurf der Korruption zu klären.

Die Kommunisten brachten darauf auf Grund der §§ 33 und 114 der Geschäftsordnung folgenden Antrag ein:

„Der Ausschuß wolle beschließen:

Ein Abgeordneter, der als Prozeßvertreter des Interessen eines Fürstenhauses oder eines seiner Angehörigen in einer Rechtssache vertritt, die durch die Beratungen des Rechtsausschusses über die Anträge 1577 und 1339 **betroffen werden,** ist von der Teilnahme an diesen Beratungen **bis zur Behebung dieses Hindernisses ausgeschlossen."**

Von der **völkischen Fraktion** war in der heutigen Ausschußsitzung kein **Mitglied anwesend.** Demnach scheint es, als ob diese Fraktion sich selbst blamiert fühlt durch die Tatsache, daß gestern ihr Mitglied **Kube sich mit der deutschnationalen Korruption voll und ganz solidarisiert hat,** nachdem doch erst vor einem halben Jahre die gesamte deutschvölkische Fraktion einen, auch von Herrn Kube mitunterzeichneten Antrag im Reichstag eingebracht hat, dessen erster Satz lautet:

„Gegen ein Mitglied des Reichstags, das in gewinnsüchtiger Absicht seinen Einfluß als Abgeordneter in einer Weise mißbraucht, die gegen die guten Sitten verstößt und die Ehre und das Ansehen der Volksvertretung schädigt, hat der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich auf Verlust der Mitgliedschaft zum Reichstag zu erkennen."

Das heutige Verhalten der Deutschvölkischen beweist, daß **dieser ganze damalige Antrag nur Flunkerei gewesen** ist, bestimmt, den Reaktionsopfern Sand in die Augen zu streuen und vor den deutschvölkischen Karren zu spannen. Heute tritt ganz klar hervor, daß die Kommunisten, die sich über den Charakter des Parlamentarismus keinerlei Illusionen hingeben, doch gleichzeitig die einzigen sind, die gegen die offenbaren Mißstände dieses parlamentarischen Systems rücksichtslos und energisch ankämpfen.

*

In der Diskussion zum kommunistischen Antrag auf Ausschluß Everlings bedauerte der Demokrat v. Richthofen, daß Everling nicht zurückgetreten sei. Ebenso der Zentrumsmann Schulz. Der Deutschnationale Barth verteidigt nochmals seinen Vertreter Everling. Der Demokrat Brodauf beantragt, den Rechtsausschuß die Sache zu übertragen. **Der Antrag der Kommunisten fällt. Der Antrag Brodauf wird zurückgezogen,** nachdem sich das Zentrum auch dagegen erklärt hat.

Sabotage der sächsischen Regierung

Eure Parteigenossen, Sozialdemokratische Arbeiter!

Für das Reichsministerium des Innern teilt Dr. Kuenzer im Rechtsausschuß des Reichstags die Antwort der sächsischen Regierung mit, die dahingeht: **die sächsische Regierung wird sich jeder Wiederaufnahme der Fürstenauseinandersetzung durch das Reich widersetzen.**

Jetzt ist es also die sächsische Regierung Heldt, **Sozialdemokratie** bis Volkspartei, die die reichsgesetzliche Regelung der Fürstenfrage sabotiert!

Weitere drei Millionen Erwerbslose

Was die Schwerkapitalisten als „Gesundung der Wirtschaft" betrachten

In einem Artikel des schwerindustriellen **„Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes"** über die Wirtschaftskrise heißt es u. a.:

„... Schließlich sei auch noch erwähnt, daß nach ziemlich zuverlässigen Schätzungen im Frühjahr des Jahres 1925 in Handel und Gewerbe ungefähr 100 000 Firmen zuviel existierten, auch bei noch so weitgehender Schätzung der im Laufe des Jahres eingetretenen Konkurse, Geschäftsaufsichten, stillen Liquidierungen usw. war von diesen Firmen Ende des Jahres höchstens erst die Hälfte verschwunden."

Diese Feststellung besagt also nicht mehr und nicht weniger, als daß erst die Hälfte der Unternehmungen, die nach dem „Rationalisierungs"-Programm der Schwerindustrie und der Banken verschwinden sollen, verschwunden ist. Das Ergebnis war ein **Arbeitslosenheer von über 3 Millionen.** Die „Rationalisierung" erfordert also nach dem Geständnis des schwerindustriellen „Wirtschaftsdienstes" die **Entlassung von mindestens weiteren drei Millionen!**

Diese nächste Perspektive der gegenwärtigen Krise, die gewaltsame Ausschaltung eines großen Teiles des deutschen Produktionsapparates, unterbreitet der „Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst" mit folgenden Worten:

„Alles in allem ist damit zu rechnen, daß gewaltsame Rückführung des deutschen Wirtschaftsapparates auf die Möglichkeiten der Produktion und des Absatzes ihren weiteren Fortgang nehmen wird. Mit Wirtschaftskrisen früherer Zeiten sind die jetzigen wirtschaftlichen Vorgänge in keiner Weise zu vergleichen. Frühere Krisen konnten von der Wirtschaft als solcher ohne Erschütterung des Ganzen überwunden werden. Jetzt dagegen handelt es sich um das Absterben eines großen Teiles der deutschen Volkswirtschaft. Aus dieser wirtschaftlichen Krise ergibt sich ganz von selbst die soziale. Das Absterben der deutschen Wirtschaft erfolgt viel zu schnell, als daß sich die soziale Lage der Nation im gleichen Tempo umstellen könnte. Es entsteht dadurch ein politisch und sozial außerordentlich gefährlicher Zwischenzustand, der im Jahre 1926 unter Umständen zu den folgenschwersten Erschütterungen führen kann."

Die Dawes-Krise zeigt die Erscheinungen, die wir Kommunisten bereits zur Zeit der Annahme des Dawes-Planes voraussagten. Die Stillegungen eines wesentlichen Teiles des deutschen Produktionsapparates zugunsten der übermächtigen Konkurrenz der Entente-Industrien, welche durch ihre Schutzzollpolitik sich gegen billigere deutsche Waren absperren, war — neben der direkten Ausbeutung Deutschlands für das westliche Finanzkapital — das bewußte Ziel des Dawes-Planes. Im Interesse ihrer **Profitmöglichkeit** versuchen die entscheidenden deutschen Kapitalsgruppen daher, ihr „Rationalisierungs"-Programm durchzuführen, wie die Ausführungen des „Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes" zeigen. Sie helfen mit, gewaltsam die Produktion abzudrosseln. Alle kapitalschwächeren Firmen sollen das Opfer der Krise werden.

Diese Unternehmerpolitik, welche die Massenverelendung der **„überflüssig" gewordenen Arbeiter bedeutet,** führt zugleich zur Verstärkung der Wirtschaftsmacht in den Händen von wenigen Kapitalgruppen. Sie werden noch mehr die entscheidenden Diktatoren in allen Lebensfragen der Werktätigen.

In Verbindung mit dem „Rationalisierungs"-Programm stehen die Forderungen der Unternehmerverbände, **die Arbeitslosenversicherung** nach ihren Vorschlägen zu ändern, ihnen die Gelder der Arbeitslosenversicherung für Lohnzuschüsse zu geben und die Tarifgesetzgebung in ihren wichtigsten Teilen zu beseitigen. Durch **„Mut zur Tat"** ist — nach der **„Bergwerkszeitung"** — die Losung der Ausbeuterklasse zur **Vorbereitung ihrer unbeschränkten Diktatur.**

Gegen die Stillegung großer Teile des deutschen Produktionsapparates, gegen die Wirtschaftsanarchie und die Unternehmerdiktatur muß der Massenkampf gehen um die Forderungen der

Nationalisierung der Industrie,

Zwangsregelung der Produktion durch den Staat,

Produktionskontrolle durch die Gewerkschaften und Betriebsräte,

für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Der Kampf **um den Achtstundentag** muß von den vollarbeitenden Kollegen in die engste Verbindung mit dem Kampf der Kurzarbeiter um die Einführung der **Kurzarbeiterunterstützung** und der **Erwerbslosen** um eine ausreichende Unterstützung gebracht werden.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer müssen endlich ihre Sabotage aufgeben und eine enge Verbindung mit den Erwerbslosenausschüssen schaffen. Dadurch wird es rascher möglich, alle arbeitenden und erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen in den freien Gewerkschaften zu einer geschlossenen Arbeitsfront zusammenzufassen.

Jungarbeiterkonferenz in Düsseldorf

Rußlandbericht

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 11. Januar.

Eine Jungarbeiterkonferenz, einberufen vom Einheitskomitee für Jungarbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland, nahm gestern in Düsseldorf einen umfangreichen Rußland-Bericht des Jugenddelegierten Wossin entgegen. Die Konferenz war von 180 Teilnehmern besucht. 115 waren von Betrieben, Jugendversammlungen und Jugendorganisationen delegiert. Aus dem Rußland-Berichte wurden die Schlußfolgerungen der Konferenz in drei Resolutionen niedergelegt, die die Schaffung einer Einheitsfront der Jungarbeiterschaft in dem Kampf gegen die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und für Fürstenenteignung forderte. Die Konferenz lob den Weg zur Einheitsfront in dem religiösen Eintritt der Jungarbeiter in die freien Gewerkschaften. In einer Resolution an den AGGB. wurde gefordert, daß die freien Gewerkschaften die jugendlichen Arbeiter zusammenfassen und gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft zum Kampf gegen das Unternehmen führen sollen.

Das Schlachtfeld der Arbeit

Jeder zwanzigste Mann Todesopfer des Profits

Im „Berliner Tageblatt" ist eine Zusammenstellung der Unglücksfälle des Jahres 1924 im **Waldenburger Steinkohlenrevier** zu lesen. Bei einer Belegschaft von 30 000 Mann erfolgten **8000 Arbeitsunfälle,** von denen **1490** tödlich verliefen.

Diese grauenvolle Statistik bietet ein Beispiel dafür, wie im Interesse des Profits mit dem Leben der arbeitenden Menschen umgesprungen wird. Nicht Schutz des Lebens der Bergarbeiter durch ausreichende Sicherheitsmaßnahmen, sondern Heißarbeit für ihren Profit liegt im Interesse der Unternehmer.

Aus der Partei

Zum Fall Katz

Die Bezirksleitung Niedersachsen hat in ihrer Sitzung vom Freitag, dem 8. Januar, den folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bezirksleitung beschließt — nach Prüfung der antikommunistischen und parteizersetzenden Handlungen des Genossen Katz — beim Zentralkomitee seinen sofortigen Ausschluß aus der Partei zu beantragen. Katz entpuppt sich nicht nur als offener Feind der Partei, der im Begriffe ist, um seiner egoistischen und krankhaften Interessen wegen eine Spaltung zu organisieren, sondern er ist ein Hindernis für die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses breiter Schichten des Proletariats zur Partei.

Die Genossen, die die von den Kongressen der Partei und der Komintern beschlossene Linie, die auf die Schaffung der roten Klassenfront des Proletariats hinausläuft, mit allen Mitteln sabotieren und zu dem Zweck offene Fraktionen und ein gewaltsames Vorgehen gegen Parteiinstitutionen organisieren, gehören nicht mehr in die Partei.

Da die Angelegenheit Katz eine Angelegenheit der Gesamtpartei ist, kann die Bezirksleitung nicht selbst den Ausschluß vollziehen, sondern fordert das ZK. auf, die Durchführung dieser Maßnahmen sofort einzuleiten.

Gegen die Genossen Gohr, Schüddekopf, Karzwahne, Fred und die Genossinnen Malle und Katz wird auf Grund des Bruchs der Parteidisziplin und ihrer direkten Unterstützung der parteischädigenden Handlungen von Katz das sofortige Verfahren auf Ausschluß aus der Partei eingeleitet.

Die Bezirksleitung hat die feste Zuversicht, daß die Mitgliedschaft des Bezirks nach wie vor treu zur Kommunistischen Internationale und zur Partei steht. Die Parteiorganisation in Niedersachsen wird befreit von einem Schädling — der die Partei in ihrer Entwicklung auf Schritt und Tritt hemmt — das Vertrauen der Massen gewinnen und einen neuen Aufschwung nehmen."

Dazu schreibt uns das Polbureau des ZK.:

„Nach Kenntnisnahme dieses Beschlusses hat das Polbureau sofort dazu Stellung genommen und billigt vollinhaltlich diese Maßnahme. Bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit durch das Zentralkomitee werden wir die Mitgliedschaft und die Oeffentlichkeit über den Fall Katz noch besonders informieren."

Kleinbauernzeitung „Einiges Volk"

Soeben erschien — durch verschiedene Umstände etwas verspätet — die Nummer 15 des Jahrganges 1925 der Kleinbauernzeitschrift „Einiges Volk". Aus dem Inhalt ist hervorzuheben:

Vorsicht! Ein Angriff auf die Einheitsfront!

Billiger Stickstoff für die Bauern?

Steuerfragen.

Aufwertung usw. usw.

Die Zeitschrift ist zum Preise von 10 Pfennig und Porto durch den Verlag „Neues Dorf", Berlin W. 10, Lützowufer 1, zu beziehen.

Ein bürgerlicher Wissenschaftler über die Sowjetunion

Dr. Alexander Hirsch: USSR., Kulturelle Kräfte und wirtschaftliche Gestaltung im neuen Rußland

(Organisation Verlagsgesellschaft m. b. H. — S. Hirzel — Berlin 1925)

(Schluß)

Schließlich hat uns der Forscher noch vieles über die Leninsche Staatsform zu sagen, die er für Lenins größtes Lebenswerk hält. Er preist die glänzende Verfassung der zentralrussischen Dörfer, die Gebäude, ihrer Aecker und Herden. Er erzählt uns vom russischen Bauern, den man uns früher immer als „dummen Muschik" schilderte, der überhaupt nicht fähig ist, Vergänge zu begreifen. Er berichtet, daß der Muschik niemals uninteligent, aber bis zur Revolution an schwerstem unterdrück war. „Seine Intelligenz geht über die bloße Einstellung zu den kleinen Fragen des täglichen Lebens (Verwirklichkeit") hinaus, er hat in weitem Maße die Fähigkeit zu Kritik und zu dem Ausfeen eigentümlichen abstrakt-kosmischen Denken." Seiner Intelligenz ist auch die Möglichkeit des schnellen Ausbaus der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu danken. Er schreibt sofort, daß es hieß, einen Teil seiner Arbeitskraft der Bebauung von gemeinschaftlichem Pachtland zu weihen; die Gewinne der örtlichen Genossenschaften werden heute in steigendem Maße zur Anschaffung von Maschinen zum gemeinschaftlichen Gebrauch verwendet. Der Zentrolsojus, die Spitze der landwirtschaftlichen Genossenschaften, darf diese Bestellungen selbstständig — natürlich unter Kontrolle der Außenhandelsstellen — aufgeben.

Dann kommen wir schließlich zur heißumstrittenen Frage des Außenhandelsmonopols, dessen seliges Ende die deutsche Presse gerade wieder eifrig voraussagt. Hirsch bemerkt ganz richtig, daß man vom Standpunkt der russischen und nicht der fremdländischen Industrie betrachten müsse. Bei dem allgemein herrschenden Devisenmangel würde ein Loch im Außenhandelsprinzip sowohl die Einfuhr als auch den gesamten ruhigen Aufbau der Planwirtschaft stören. „Die Folge einer Durchbrechung oder gar einer Aufhebung des Außenhandelsmonopols würde eine Ueberschwemmung des russischen Marktes mit unnötigen oder wenigstens nicht dringend notwendigen Waren sein; sie würde ein Abfließen von Geldmitteln nach Polen, das bei seit 1922 stabilisierte Währung von neuem erschüttern müßte. Gegenwärtig wird . . . nur das nach Rußland eingeführt, was für den Wiederaufbau der Wirtschaft dringend gebraucht wird . . ." Der Verfasser hält ein Abgehen vom Außenhandelsmonopol in absehbarer Zeit für unmöglich und warnt die bürgerliche Wirtschaft, darauf irgendwelche Hoffnungen zu setzen.

Er mußte — nicht zuletzt auf dem Umwege über die Frage des Außenhandelsmonopols — einiehen und objektiv zugeben, daß die Macht des russischen Weltreiches, der USSR., nicht mehr zu erschüttern ist. Er weiß, daß Englands Regierung längst zu dieser Einsicht gekommen ist. Und daraus zieht er seine politischen Konsequenzen, deren Kernpunkt folgende Sätze bilden: „Der Völkerbundsgedanke wurde von den Regierungen der Staaten in die Welt gesetzt, die im Krieg gegen die Mittelmächte verbündet waren und ihre Kriegsgewinne durch eine überstaatliche Organisation gegen die Kriegsverlierer und gegen das neue Rußland sichern wollten. **Beitend in der Durchführung des Gedankens war von Anfang an England, der der Bund nicht zur Sicherung seiner Kriegsgewinne, sondern zur Bekämpfung Rußlands dienen sollte . . .** Jetzt sollen wir nun diesem Gremium der Kriegsgewinner beitreten, wir, der größte der Geschädigten? Frankreich bereitet unseren Eintritt, um eine weitere Garantie zu erhalten, daß wir die Verträge achten — alle Vertragsbestimmungen, auch die den Osten betreffenden. England zeigt sich wieder einmal weicher . . . damit wir keine Extratouren mit Rußland machen." „Ich habe diese politisch-historischen Zusammenhänge so breit behandelt, um eine Begründung dafür geben zu können, was wir im Völkerbund wollen und von welchen Sicherungen wir unseren Eintritt in diesen Bund unbedingt abhängig machen müssen. Wir wollen den Frieden in Europa, wir wollen eine Verringerung der Friedensvertragslasten, aber wir dürfen dieses notwendige Zugeständnis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit nicht dadurch erkaufen, daß wir uns der Entschlußfreiheit für die Gestaltung unserer Beziehungen zu Rußland begeben. Sonst treiben wir — wieder einmal — nicht deutsche, sondern englische Politik." Das sagt Hirsch vor einigen Monaten, als er das Buch niederschrieb. Inzwischen ist der Schacher abgeschlossen, wie er in Englands Interesse lag. Schon streitet man sich um die Posten beim Völkerbund. Hätte Hirsch aber die einzig mögliche Konsequenz aus den objektiv angestellten und wiedergegebenen sehr gründlichen Betrachtungen gezogen, so wüßte er, daß uns keine bürgerliche Regierung gegen die bürgerlich-notwendige Antibolschewistenpolitik schützt, hinter der alles zurücksteben muß, Freundschaft mit Rußland? Der bürgerliche Politiker antwortet: Ja. Aber in der Entfernung! Im Hintergrunde muß immer der Schutzwall sein, hinter den wir uns verkriechen können, wenn die Wogen der Revolution im eigenen Lande einmal anstürmen. Und gegen diese Außenpolitik, die von innenpolitischen Interessen diktiert wird, kann man nur die Klassenpolitik setzen.

Pud.

Tempo und Richtung

Von Leo Trotzki

Man fragt sich unwillkürlich, was wäre, wenn vor acht Jahren am Abend vor der Machteroberung in dem damaligen Petrograd jemand den Führern des Oktoberaufstandes das Panorama der jetzigen Sowjetunion und der sie umgebenden Länder zeigen konnte. — Was hätten wir gesagt? Ich denke, wir hätten gesagt: Nicht schlecht, aber die Sache wird in acht Jahren sich besser gestalten. Wenigstens für mich kann ich ehrlich sagen, daß wenn jemand mir damals im Kinematograph unser jetziges Leben gezeigt hätte, ich gesagt hätte, ja. Fortschritte sind vorhanden, aber ungenügend. Und ich glaube, jo hätte jeder Genosse, der am Oktoberaufstand sich beteiligte, gesagt und auch Genosse Wladimir Iljitsch. Wir erwarteten eine viel raschere Entwicklung der Ereignisse. Sie wissen, daß die Bewegung bestimmt wird, erstens von der Richtung und weitens vom Tempo. Man kann aus Kislowodsk nach Essentuki in einer Stunde, in zwei, in einer halben Stunde gelangen, man muß nur den Weg kennen. Also, wenn wir am Vorabend des Oktober die Bewegung uns rascher vorgestellt haben, als sie in Wirklichkeit war, so war die Richtung, die wir damals vor Augen hatten, dieselbe, wie sie sich vor uns abspielt. Den Weg kannten wir.

Jetzt wollen wir eine Gegenprobe machen. Was wäre, wenn man das Panorama der Sowjetunion vor acht Jahren nicht uns, sondern unseren Feinden gezeigt hätte — der russischen Bureaukratie, Gutschkow, Milukow — nicht zur Macht sei es erwähnt — wenn man ihnen dasselbe Panorama gezeigt hätte. Dann hätten sie bestimmt gesagt: Unsinn, Phantasie. In acht Jahren wird von den Bolschewiki nicht einmal ein nasser Fleck übrig bleiben. Das hätten sie gesagt. Und Dan und Tschernow hätten dasselbe wiederholt. Also, wenn wir uns verrechneten, so verrechneten wir uns nur in der Beurteilung des Tempos. Ihre Berechnung war eine grundlegende, im Sinne der ganzen Richtung. Wenn jemand von uns aus Leningrad nach Moskau fahren würde, um dort am anderen Tag morgens anzukommen, und der Zug hätte Verspätung — unangenehm zwar, aber trotz der Verspätung würde er ankommen. Bei ihnen ist es aber jo geworden, daß sie dachten, sie fahren nach Moskau und gerieten ins Ausland. Da geht es schon nicht um das Tempo, sondern um die Richtung. Sie sind an einen ganz anderen Ort hingeraten.

Es werden noch einige Jahre vergehen und unser Land wird einen neuen gigantischen Schritt zum Sozialismus vollziehen. Das Dorf wird sich verwandeln, die Stadt wird sich verwandeln, das Volk wird sich verwandeln. Reichtum wird für alle anwachsen, das Leben wird besser, bunter, freudiger. Neue Generationen werden wachsen, gesunder und stärker.

(Aus einer Rede)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. – Postscheckkonto Leipzig 107601.
Artur Ewald, Bezirks-Sekretär.
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Diirrlitz 1. Distriktsversammlung Donnerstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette". Referent von der BL ist anwesend. Alles muß erscheinen.
Jäckerbn. Mitgliederversammlung Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Bolze. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsgruppenleitung und Gemeindeangelegenheiten. Erscheinen ist Pflicht.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Micheln. Ortsleitungssitzung Dienstag, 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Das Erscheinen aller Kassenleiter ist Pflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Kalbra. Mitgliederversammlung Montag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle". Tagesordnung: Gewerkschaftsarbeit. Referent von der BL.
Sangerhausen. Mitgliederversammlung Dienstag, 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug". Tagesordnung: Gewerkschaftsarbeit. Referent von der BL.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Zeitzig.

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Montag, 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent Genosse Müller.
Friedersdorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 12. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der UBL ist anwesend. Alles muß erscheinen.
Riesa(a). Mitgliederversammlung Mittwoch, 13. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der UBL ist anwesend. Erscheinen ist Pflicht.
Eisenberg. Mitgliederversammlung Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr. Referent von der UBL ist anwesend. Erscheinen ist Pflicht.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleitersekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Abteilung 20. Montag, 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Abteilungspflichtversammlung.
Abteilung 16. Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Lüderitzberg", Neilstraße, Abteilungs-Pflichtversammlung.
Abteilung 1. Heute, Montag, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, Abteilungspflichtversammlung.
Abteilung 3. Heute, Montag, abend 8 Uhr in der „Goldenen Kette", Alter Markt, Abteilungspflichtversammlung.
Abteilung 14. Heute, Montag, abend 8 Uhr, in der „Schützel" Abteilungspflichtversammlung.
Abteilung 4. Dienstag, 12. Januar, abends 8 Uhr, bei Rappika, Mansfelder Straße, Abteilungspflichtversammlung.

Jungsturm

Bezirk 4 (Nord). Montag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirksversammlung.
Bezirk 5 (Westen). Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Bezirksversammlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 13. Januar, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Generalversammlung. Alles erscheinen. Karten mitbringen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungsturm. Mittwoch, 13. Januar, im Gewerkschaftshaus Generalversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Karten mitbringen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 13. Januar, abends ½8 Uhr, bei Freudenberg Pflichtversammlung. Jungsturm versammelt sich um ½7 Uhr. Gäste können teilnehmen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Jungsturm. Mittwoch, 13. Januar, abds. 8 Uhr, „Herberge", Versammlung.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Konsum-Verein Delitzsch u. Umg.
eGmbH.

Abteilung Kohle

Meußelwitz
Leopold
Michel
Braunkohle
Koks (beste Qualität)
Holz (geschnitten)

liefern wir unserer Kundschaft prompt und billigst frei Haus. Tägliche Lagabe erfolgt **Ede Karlstr. und Rathenaupromenade.** Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. **Die Verwaltung**

Konsumverein Osmünde und Umg.
Sonntag, 17. Januar, nachm. 2 Uhr, **bei Müsiku:**
Außerordentliche
General versammlung
Tagesordnung:
1. Beschwerde des Bäckers Haberkorn über seine Entlassung
2. Geschäftliches und Verschiedenes
*115 **Der Vorstand**

Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen
Feuersozietätsbeiträge für das Jahr 1926

Die Beitragsausschreiben für das Jahr 1926 werden den Versicherungsnehmern in den nächsten Tagen zugestellt werden. Auf die Feuerversicherungsbeiträge gewährt die Sozietät wie im Vorjahre einen **Nachlaß von 25%**, sowohl für die weitbeständigen, der Preisbewegung folgenden Bauten- und Umlagenversicherungen trotz der jetzigen Steigerung der Bau- und Materialpreise um 80 bis 100%, der Vorkriegspreise die **Beiträge nur von den Vorkriegswerten berechnet, die Schäden dagegen nach den jeweiligen Tageswerten** bezahlt werden.
Die unter Berücksichtigung dieses Nachlasses für 1926 ausgeschriebenen Versicherungsbeiträge sind nach Zustellung des Beitragsausschreibens umgehend an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen; nach Ablauf eines Monats wird angenommen, daß kostenpflichtige Abholung gewünscht wird *117
Eisleben, den 6. Januar 1926
Der Magistrat
Aushängestellen: Volksbuchhandlg.

Dienstag, den 12. Januar, bleibt die Volksbuchhandlung Wittenberg, Jüdenstraße 10, wegen Inventur geschlossen

Kolossal billig
Seefische Friedenspreis
Nur infolge Riesenfängen unserer Dampferflotte so billig
Aus frisch eingetroffen. Kühlwaggons
Preise gelten nur für Dienstag!
Nordsee
Kirchstraße 58
Deutschlands größte Fischerei u. Handel
Seelachs 19 ₰
ohne Kopf . Pfund
Kabeljau ohne Kopf mittel . . . . . ₰ **25 ₰**
Kabeljau o. K., groß ₰ **35 ₰**
Schellfisch o. K., groß ₰ **35 ₰**
Karbonaden vollständ. bratfertig . . . . ₰ **45 ₰**
Aus der Räucherei:
ff. geräuch. Seelachs
½ nur 45 ₰
Kieler Sprotten 1 ℔ R. 68 ₰
ausgemogen ½ ₰ 40 ₰ ¼ ₰ 20 ₰

Zeitungsträgerin
gesucht für **Vichta.** Meldung bei **M. Lehmann,** Breitestraße 4

Werbt f. d. Klassenkampf

WALHALLA
Anfang 7½ U.
Endlosen Beifallsjubel
erntet allabendlich die entzückende
Anneliese von Dessau
Lerche in 5 Akt. von R. Wünsche
Gemdam. Preise 0,60 bis 5,00 M.
Tageskasse 11 Uhr Tel. 8

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr
Gastspiel
Russisches Ballett
vom russisch-romantischen Theater
Mittwoch 7½ Uhr
Verkaufte Braut
Ende 10 Uhr

Spende für die „Rote Hilfe"

Städtisches Orchester, Weißenfels
Mittwoch, den 13. Januar, abends 7.30 Uhr im „Stadttheater"
4. Sinfonie-Konzert
Humperdinck: Vorspiel zu „Hänsel und Gretel"
Wunterwitz: „Die Nachtigall" Märchen nach Andersens Märchen
Szawinsky: „Feuerwerk" Fantasie
Liszt: „Mazeppa" Sinfonische Dichtung
Sprecher: Dr. S. Kraus-Leipzig
Dirigent: Fritz Thiede
Karten zu 1,50 – 4,00 Mk. in Schmidt's Buchhandlung und Abendkasse

Stehleiter
Malerleiter
kaufen Sie unsere billig bei
Otto Sparmann
neben Walhalla

Kleine Anzeigen
haben in
Klassenkampf
den besten Erfolg

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

ff. hausschlacht. Wurstwaren
sowie sämtliche
Kolonialwaren
kaufen Sie billigst bei
J. Wetzelt, Weißenfels
Zeitzer Straße 29

Gasthof „Roter Löwe"
Weißenfels
Stadtbekannte Küche
Gutgepflegte Biere
Eigene Schlachtungen

Mücheln
Agnes Drewes
Spezial-Haarschneidehaus
mit elektrischem Betrieb
empfiehlt in größter Auswahl
Kosmetische- u. Toilette-Artikel, Parfümerien und Seifen, Haarkämme und Zahnpasta usw. zu Tagespreis

Empfehle mein reichhaltiges Lager in:
Hüten, Mützen, Hosenträger, Regenschirmen, Stoff- und Lederhandschuhen, Damen-Strümpfen, und Herren-Socken sämtl. Herrenwäsche usw. usw.
zu billigsten Preisen
Erich Hirsch
Weißenfels-Neustadt

Kauft bei Förderung
Zeitz, Neumarkt
Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche
Auffallend billige Preise

M. Hart & Co.
Neumarkt 10 Zeitz Neumarkt 10
Manufaktur- u. Modewaren :: Wäsche
Damen- u. Herren-Konfektion :: Arbeiter-Garderobe
Große Auswahl! Billige Preise!

Für den Winter!
Wollwaren
Trikotagen, Strümpfe
Handschuhe
Großes Lager Solide Preise
C. Kuntz Nachf.
Herm. Müller & Sohn
Pleißeritz

Kaufen Sie
Strümpfe
nur bei
Strumpf-Löchl
Zeitz Zeitz
Neumarktstraße
Groß. Umtausch u. Augen

Fahrräder, Nähmaschinen
Sprechapparate, Schallplatten
nur die besten Fabrikate
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Fr. B. Weiss
Wittenberg, Markt 5
Zschornewitz, Kolonie

Fahrräder
Erstgeistete
Reparaturen jed. Art
Emaillier- und Vernickelung
Rud. Gundlach
Weißenfels
Tagewerbener Straße 1

Weißenfels
„Zur Weste"
Jeden Freitag u. Sonnabend
ff. Salzknochen
Unterhaltungsmusik

Empfehle meine prima
hausschlachtenen
Fleisch- u. Wurstwaren
Bennerts Fleischerei
Weißenfels, Kuhstraße 4
und Marktstand

Bitterfeld Bitterfeld
Gesellschaftshaus
Jeden Sonnabend u. Sonntag
Großer Ball
bei gut besetztem Orchester
Treffpunkt aller Arbeiter und Angestellten-Sportvereine

Felle aller Art, auch Schafwolle kauft
Leipziger Felleinkaufszentrale
Zeitz, Rothmark 14, Eing. Kramerstr.

Kleine Anzahlung
Auf Teilzahlung
bei sofortiger Mitnahme des Gegenstandes erhalten Sie
sämtl. Damen- u. Herren-Bekleidung
Bett-, Leib- und Tisch-Wäsche
sowie Schuhwar. i. jed. Ausführung
im
Zeitzer Manufakturwaren-Kredithaus
Altmarkt 8, Hof rechts
(Hotel Herold) **Zeitz**
Kunden, die ihr Konto bezahlen haben, brauchen keine Anzahlung zu leisten

Leichte Abzahlung

Lebensmittel, hausschlachtene Wurstwaren, selbsteingel. Senf, Pfeffer- und Salzgurken
Ww. E. Gutjahr, Zeitz
Schädestraße 15

Prima
hausschlacht. Wurstwaren
empfiehlt
Franz Körner, Fleischermeister
Weißenfels, Kuhstraße 5

Mäntel-Meyer
Bitterfeld, Kirchstraße 10
hat stets die größte Auswahl in:
Damen-Bekleidung

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt
L. Vogler
Rind- und Schweinefleischräucherei
Weißenfels
Merseburger Str. 22

J. Israel, Wittenberg
Collegienstraße 6
wie bekannt zu billigsten Preisen
Herren- und Knabengarderoben und Arbeitskleidung

„Stadt Leipzig" Merseburg
Neumarkt 46 Neumarkt
Täglich kräftigen preiswerten
Mittagstisch im Abonnement
sowie gut gepflegte Getränke
Um regen Zuspruch bittet **Max Reiß**

Paul Winter, Wittenberg
Collegienstr. 71, Fernruf 628
Spezialgeschäft für feine
Offenbacher Lederwaren
Eigene Anfertigung von
Aktenmappen, Büchertaschen, Schultornister, Fußbälle, Einkaufsbeutel, Marktbeutel, Malertaschen, Frühstückstaschen, Sportgürtel
Sämtliche Reparaturen werden schnellst. ausgeführt

Richard Hirsch
Wittenberg
Herren- u. Knaben-Modenhaus
Collegienstraße 22
Mittelstraße 56

Teilzahlung! bei sofortig. Auslieferung d. Ware
Herren- und Damen-Konfektion
sowie **Wäsche aller Art** kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Rich. Daring, Zeitz
Kein Laden! Mittelstraße 6 Kein Laden!

Franz Roming & Söhne
Merseburg Pleißeritz
Turngeräte, Geschenkartikel, Fahrräder
Reparaturwerkstatt

Am vorteilhaftesten kauft man
Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung
im Möbel- u. Warenhaus
J. Preminger
Wittenberg, Albertstr. 7
Stets gut Lager: Wohn- u. Kücheneinrichtungen
eigene Möbelfabrik

Bitterfeld
Central-Fleischhalle
(Stadt Berlin)
Täglich
pa. Gefr.-Schinkenfleisch
pa. Schweinefleisch
sowie alle Sorten Wurst
in nur guter Qualität
zu äußerst Tagespreisen

Schuhwarenlager
Liesbeth Löchel
Pleißeritz, Mühlstraße
empfehle meine preiswerte
Schuhwaren
Eigene Platz- und Reparatur-Werkstatt

Herren-Anzüge, Winter-Ulster, Joppen, Kind.-Anzüge, Knab.-Ulster zu extra billigen Preis, auch am Zeitzer Tag
Alfons Günther
Pleißeritz Wilhelmstraße 23

Kaisen-Bad
Weißenfels
Geöffnet von 8—8 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Zweiter Gewerkschaftstag in Halle

Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr, tagen die Industriegruppen in folgenden Lokalen:

Industriegruppe I, Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe: Fraktion des Zentralverbandes der Angestellten im „Volkspark", Zimmer 1.

Industriegruppe II, Fraktion der Zimmerer, Bauarbeiter, Dachdecker, Maler, Steinarbeiter, Steinsetzer und Töpfer im Lokal der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.

Industriegruppe III, Fraktion der Bekleidungs- und Textilarbeiter im Bureau der KPD., Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 6.

Industriegruppe IV, Fraktion der Fabrikarbeiter und Glasarbeiter im „Volkspark", Zimmer 8.

Industriegruppe IX, Fraktion der Tabakarbeiter, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Fleischer, Bäcker und Konditoren im „Volkspark", Zimmer 9.

In Industriegruppe X, Fraktion der Sattler und Tapezierer, Leder-Arbeiter und Schuhmacher im Bureau der KPD., Lerchenfeldstr. 14, Zimmer 4.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:

Industriegruppe VI, Fraktion der Buchbinder Lithographen und Steindrucker, der graphischen Hilfsarbeiter im Lokal Loeits Hof (Freundlieb), Merseburger Straße.

Industriegruppe XII und XIII, Fraktion der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Eisenbahner, des Verkehrsbundes im Lokal Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.

Gegen die lange Arbeitszeit der Kellner

Der Deutsche Kellner-Bund sendet uns folgendes Schreiben, das an die Eisenbahndirektion und an das Polizeipräsidium geschickt wurde, mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Unterzeichnete bitten, von Nachstehendem Kenntnis nehmen zu wollen, die Angelegenheit auf ihre Wahrheit zu prüfen und den furchtbaren Mißständen und Gesetzeswidrigkeiten Abhilfe schaffen zu wollen.

Der **Bahnhofswirt Ernst Kadler vom „Viertunnel" Halle S.** beschäftigte während des Jahres 1925 seine Kellner zum größten Teile **14 bis 18 Stunden täglich,** ohne die gesetzlichen Ruhepausen innezuhalten.

Ohne jeden Gehalt und Naturalbezüge an die Kellner verweigert er, den ihm gesetzlich zukommenden Krankenkassen- und Invaliditätsanteil zu zahlen, und erlaubt nur, 5 Prozent, anstatt wie allgemein üblich, 10 Prozent Bedienungsgeld in Anrechnung bringen zu dürfen.

Die Behandlung des Personals vorseiten der Frau spottet jeder Beschreibung.

Wir bitten zu veranlassen, daß die unrechtmäßig zurückbehaltenen Beträge zurückerstattet werden.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage des Deutschen Kellner-Bundes

B."

ADGB. Kartell Kelbra für Volksentscheid betr. entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Am 7. Januar tagte in Kelbra das Gewerkschaftskartell. Anschließt der Debatte über die schließlich gegen 3 SPD.-Stimmen angenommene **Beteiligung** des Kartells an der Kelbraer **Protestkundgebung gegen die geplante Abfindung der Fürsten** am 10. Januar, kam es zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über Reformismus und Revolution. Hierbei mußten ehrliche SPD.-Kollegen zugeben, daß die SPD. eine arbeiterschädliche Politik betreibt. Da die Diskussion ernst und sachlich geführt wurde, hat sie die Kelbraer SPD.- und KPD.-Arbeiterschaft bestimmt einander etwas näher gebracht.

In übrigen erstattete in der Sitzung der Kassierer Bericht vom 4. Quartal; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Eingängen" wurden vom Vorsitzenden verschiedene Schreiben, darunter betr. Erwerbslosen, verlesen. Dann wurde an Stelle des verhinderten Kollegen Schröter der Kollege Mehne zur **Funktionärsitzung des ADGB. in Halle** gewählt. Weiter wurde eine **öffentliche Gewerkschaftsversammlung** beschlossen, in der ein **Jungarbeiter der Jugenddelegation nach Rußland Bericht geben soll.** Der Beschluß wurde gegen 3 SPD.-Stimmen angenommen.

Deutscher Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter für Vereinigung mit dem ADGB.

Am 7. Januar tagte in Delitzsch eine Mitgliederversammlung des VdaB., die die Beschlüsse der Reichskonferenz in Hamburg begrüßte. Sie stellte sich auf den Boden der Leipziger Generalversammlung und beauftragte die Leitung, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Vereinigung mit dem Baugewerksbund herbeizuführen.

Die Stellungnahme der Deutscher Bauarbeiter war völlig einstimmig.

Zum Schiedsspruch der Eisenbahner

Seitdem der Schiedsspruch für die Eisenbahner, der eine **Verbindung der Eisenbahner** bedeutet, bekannt ist, hat der Hauptvorstand des Einheitsverbandes über seine Stellung zu dem Schiedsspruch nichts verlauten lassen. Die **Erklärungsfrist ist bald verstrichen,** ohne daß der Hauptvorstand etwas gegen diesen Schandschiedsspruch unternommen hat. Nachher wird der Hauptvorstand erklären, daß nunmehr keine Möglichkeit bestehe, diesen Schiedsspruch abzulehnen.

Wir haben sofort bei der Verkündung des Schiedsspruches ausgesprochen, **was vom Hauptvorstand zur Abwehr unternommen werden muß** um den Schandschiedsspruch zu beseitigen und für die Eisenbahner eine ausreichende Lohnerhöhung durchzusetzen. Wie maßgebende Instanzen des Einheitsverbandes der Eisenbahner zu dem Schiedsspruch stehen, und was sie zu unternehmen gedenken, geht aus einem **Rundschreiben des Bezirkes Erfurt** an die Ortsverwaltungen hervor. In dem Kommentar zum Schiedsspruch heißt es u. a.:

„Dieser Schiedsspruch ist eine Verhöhnung unserer aus Not verzweifelten Arbeitskollegen. In der brutalsten Weise hat man die Wirtschaftslage ausgenutzt. Man weiß, daß ein Millionenheer von Arbeitslosen den brutalen Ausbeuter schützt. Die Unternehmer fühlen sich heute wieder als Alleinherrscher der Wirtschaft. Auf den Artikel 165 der Reichsverfassung, nach dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen vom Unternehmer und Arbeitnehmer gemeinschaftlich und gleichberechtigt festgestellt werden sollen, darauf pfeifen heute die Unternehmer. Der Großindustrielle von Siemens als Vorsitzender des Aufsichtsrates des Verwaltungsrates der Eisenbahn rühmt sich **spiritus rektor** dieser Unterdrückungsbewegung der Unternehmer gegen die Arbeiter.

Kann uns Eisenbahner die Pfennigzulage auf keinen Fall befriedigen, so müssen wir aufs entschiedenste gegen den Abbau der sozialen Zulagen bei Erkrankungen protestieren.

Heute sehen wir ganz klar, was hinter der heuchlerischen Maske dieser Patrioten von Treudeutschen steht. Das arbeitnehmende deutsche Volk soll trotz seiner fortschrittlichen freien Verfassung auch in der Republik bis aufs Blut ausgepowert und jeder Menschlichkeit zum Hohn wieder vollständig versklavt werden.

Daß es soweit kommen konnte, daran tragen alle die Schuld, die sich der Staatsbürgerpflichten eines Arbeiters einer freien Republik bis heute nicht bewußt geworden sind, die die einfache Formel von der Stärke des einigen Arbeitnehmertums leider nicht verstanden haben."

Was ist nun zu tun, wird im Rundschreiben weiter gefragt und gefordert, daß die vier Monate bis zum Ablauf des Tarifes zum **Aufbau der Organisation** ausgenutzt werden, denn angesichts des Millionenheeres von Arbeitslosen sei es heute unmöglich, den Kampf aufzunehmen. Es wird dann betont: „Dies soll das letzte Mal gewesen sein, daß man uns etwas derartiges bieten darf."

Sollte der Hauptvorstand hinter dem Rundschreiben stehen, so bedeutet dies, **daß der Hauptvorstand des Einheitsverbandes sich mit dem Schiedsspruch abfindet.** Die Eisenbahnarbeiter und -beamten sollen weiter für unmenschliche Löhne schuften, damit die Reichs-Eisenbahn-A.-G. gewaltige Ueberschüsse **machen kann.**

Die Unternehmer pfeifen heute auf die **Reichsverfassung,** sie diktieren nach ihrem Willen die Lohn- und Arbeitsbedingungen, weil dadie Arbeiterschaft, die Angestellten und Beamten nicht einheitlich und geschlossen alle ihre Kraft dem Verstoß der Unternehmer entgegenstellen. Wir sind darum der Meinung, daß es notwendig ist, **die gesamten Arbeiter und Beamten der Eisenbahn im Einheitsverband zu organisieren, und wir tun alles,** was in unseren Kräften steht, das zu erreichen.

Das Vertrauen der Masse zur Gewerkschaft wächst nicht, wenn jedem Kampf ausgewichen, immer hinter geschlossenen Türen verhandelt und zum Schluß erklärt wird, wir können nicht kämpfen. **Auch jetzt noch wäre es Pflicht des Vorstandes, alle Eisenbahner zum Kampf aufzurufen.** Das wäre die beste Propaganda für den Einheitsverband. In Verbindung mit den anderen Gewerkschaften, mit dem gesamten ADGB. **könnte** der Kampf aufgenommen und **die Annahme des Schiedsspruches unmöglich gemacht werden,** wenn dies die Verbandsleitung nur wollte.

Ein weitschauender Verbandsvorstand hätte schon vor Monaten den Entwicklungsgang erkennen und schon damals alle Vorbereitungen für den Kampf treffen müssen. Daß er das nicht getan hat, beweist nur, daß die starken Worte im Rundschreiben der Bezirksleitung weiter nichts als **weiße Salbe** zur Beruhigung der betrogenen Eisenbahner sein sollen. Die Mitglieder müssen darum sich nicht von neuem bis zum 30. April, zum Ablauf des Schandtarifvertrages, gedulden und ruhig abwarten, was der Hauptvorstand für sie unternehmen wird, sondern sie müssen **durch ihren Willen den Hauptvorstand zwingen, alle Kräfte zur Vorbereitung eines erfolgreichen Kampfes einzusetzen und alle Schritte zur Or-**

Baugewerksbund Weißenfels für Volksentscheid

Eine am 7. Januar in Weißenfels tagende Mitgliederversammlung des BGB., nahm einstimmig eine Resolution an für **entschädigungslose Enteignung der Fürsten.** Die Mitgliederversammlung fordert die Arbeiterorganisationen auf, inner- und außerhalb des Parlaments für den Volksentscheid einzutreten.

Genosse Tomski über die russischen Gewerkschaften

Auf dem vor kurzem abgeschlossenen Parteitag unserer russischen Bruderpartei sprach Genosse Tomski über die russische Gewerkschaftsarbeit sowie über die Bestrebungen zur Herstellung einer einheitlichen Gewerkschafts-Internationale. Wir bringen heute zunächst das wesentlichste seiner Ausführungen über die russischen Gewerkschaften, die von SPD.- und KAP.-Seite vielleicht wieder zur Hetze gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt benutzt werden, die aber nur den so ganz anderen Geist in Sowjet-Rußland bekunden, noch vorhandene Mängel offen zeigen, damit sie dann abgestellt werden.

Genosse Tomski betonte, daß die auf dem 11. Parteitag unter Lenins Führung ausgearbeiteten Leitsätze für die Gewerkschaftsarbeit bis heute maßgebend geblieben sind und sich vollkommen bewährt haben. In dieser Resolution, wo das Wesen der Neuen Wirtschaftspolitik bestimmt und die Definition der sozialistischen Staatsindustrie und der staatskapitalistischen Wirtschaftsformen gegeben wurde, wird der Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft als Hauptaufgabe der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Wirtschaftspolitik bezeichnet. Die Gewerkschaften müssen diese Aufgabe konsequenter durchführen, sie müssen die Meinungen, Stimmungen und gerechten Forderungen der Arbeitermassen mehr in Betracht ziehen.

Tomski weist auf das Vorhandensein unnormaler Erscheinungen hin, wo einige Gewerkschaftsinstanzen in Verkennung dieser Aufgabe des Schutzes der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft hinweg alle Fragen mit der Betriebsleitung und der Parteizelle regelten, ohne die Arbeiter zu befragen. Einige Gewerkschaftsfunktionäre sind **in ihrem Wirtschaftseifer zu weit gegangen** und haben alle Maßnahmen der Wirtschaftsämter einfach gebilligt. Auf solche unnormalen Erscheinungen sind die Konflikte, wie sie im Frühjahr 1925 in einigen Textilbetrieben entstanden sind, zurückzuführen. Wo die Gewerkschaften ihren Aufgaben nachkamen und eine enge Verbindung mit den Arbeitermassen hatten, kamen keine Konflikte vor.

Unter der Neuen Wirtschaftspolitik werden die Leiter der staatswirtschaftlichen Betriebe, deren Führung auf dem Grundsatz der Rentabilität beruht, infolge eines übertriebenen Wirtschaftseifers unvermeidlich Fehler begehen. Die Aufgabe der Gewerkschaften in der Staatsindustrie ist **der Schutz der materiellen Interessen der Arbeiter.** Der einheitliche Block von Betriebsrat, Betriebsleitung und Parteizelle mit gegenseitiger Deckung aller Maßnahmen, wie es in einigen Orten der Fall ist, ist keine normale Erscheinung. Die Gewerkschaft soll die richtigen Maßnahmen der Betriebsleitung unterstützen, der Betriebsrat soll keinen Augenblick vergessen, daß der rote Fabrikdirektor, als leitende Person des Aufbaues der sozialistischen Basis, ein Vertreter der Klasseninteressen der Arbeiterschaft ist, aber **die Gewerkschaft muß sorgfältig darauf achten, daß keine bureaukratischen Verstümmelungen, kein Uebereifer, keine den Arbeiterinteressen widersprechenden Maßnahmen vorkommen und muß solche Maßnahmen nicht kritiklos decken, sondern korrigieren.**

Das Wachsen der Gewerkschaften

Tomski führt Ziffern über das rasche Wachstum aller Gewerkschaften an, wobei die Landarbeiter-Gewerkschaft (im Oktober 1924 370 000, im Oktober 1925 704 000 Mitglieder) und die Bauarbeiter-Gewerkschaft am schnellsten zugenommen haben. Die Industriegewerkschaften sind im Jahre 1925 zahlenmäßig um 14 Prozent, die nicht industriellen Gewerkschaften um 16 Prozent gewachsen. Die neuen Mitglieder der Industriegewerkschaften stammen meistens nicht so sehr von der Arbeiterjugend und von den älteren Arbeitern, die aus dem Dorfe, wo sie die Hungerjahre verbrachten, zurückkehren, sondern von der Bauernjugend, namentlich in der Textilindustrie. Diese Bauernjugend bringt in die Betriebe neue Stimmungen, sie hat noch nicht gelernt, den Betrieb ebenso zu betrachten wie die alten Arbeiter, die den Betrieb erobert und mit den eigenen Kräften wieder aufgebaut haben. Diese neuen Schichten der Arbeiterschaft kulturell und politisch zu heben, sie in das soziale Leben hereinzuziehen, ist die nächste Aufgabe der Gewerkschaften, denn sonst würde eine zu tiefe Kluft zwischen der kulturell und wirtschaftlich weit fortgeschrittenseren Schicht der älteren Arbeiter und den neuen Arbeitern entstehen.

Gegenwärtig sind in den Gewerkschaften 89 Prozent aller Arbeiter organisiert, gegen 90 Prozent zu Jahresbeginn.

Tomski weist auf die Zunahme von Fällen von **Geldunterschlagungen von Betriebsräten** hin und erklärt, daß gegen diese Verbrechen nicht nur durch strenge Gerichtsmaßnahmen, sondern durch die bessere Organisierung der Abrechnung der Betriebsräte vor den Wählern gekämpft werden muß. Die kommunistischen Gewerkschafter sollen sich nicht nur vor den kommunistischen Fraktionen, sondern **vor allen parteilosen Wählern, soweit wie möglich, verantworten.**

Die Ausarbeitung der Kollektivverträge

soll nicht oben erfolgen, sondern die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes soll vorher alle Details des Vertrages erwägen, Korrekturen an ihm vorschlagen. Wenn dabei seitens der Arbeiter übertriebene Lohnforderungen entstehen, so ist das kein Unglück. Die Gewerkschaften werden ihnen auseinandersetzen, wie weit die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Betriebes reichen. So lange der Arbeitslohn besteht, wird der Arbeiter immer höheren Lohn, als den er bekommt, verlangen. Auf dem Wege der weitgehenden Beratung aller Details der Kollektivverträge wird die Arbeiterschaft mit der Lage des Betriebes vertraut. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der **Ausarbeitung der Produktionspläne** soll nicht nur in den führenden Wirtschaftsinstitutionen, wo sämtliche Gewerkschaftsvertreter vorhanden sind, erfolgen, sondern auch in den Betrieben, wo die Gewerkschafter die Richtigkeit des Produktionsplanes besser praktisch überseben können.

Tomski weist auf die Unzulänglichkeit hin, **die Schlichtung der Konflikte durch Parteiinstanzen** zur Regel zu erheben und fordert auf den gewählten schiedsgerichtlichen Weg zu gehen. Der Ausbau der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften, die kommunistische Führung der Gewerkschaften durch die kommunistischen Fraktionen, die Abschaffung kleinlicher Einmischungen der Parteiinstanzen in die Gewerkschaftsarbeit müssen durchgeführt werden. Tomski weist darauf hin, daß beispielsweise, als bei den letzten Moskauer Betriebsrätewahlen die kommunistischen Fraktionen auf die Aufstellung vorheriger Listen verzichtet und die Aufstellung der Kandidaten durch die gesamten Gewerkschaftsmitglieder vorgezogen haben, **die Zahl der Kommunisten in den Betrieben sogar gestiegen ist** und eine Aktivität der Parteilosen in den Betriebsversammlungen entfaltet wurde.

Tomski weist auf die bedeutenden **Erfolge der Kulturarbeit der Gewerkschaften** hin, deren Klubs sich innerhalb von zwei Jahren um 120 Prozent und deren Bibliotheken sich um 300 Prozent vermehrt haben.

Tomski betont nochmals die Notwendigkeit der Verwirklichung der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften, der engeren und steten Verbindung aller Gewerkschaftsinstanzen mit der ganzen Arbeitermasse, der Hebung der Aktivität und der Sicherung der freien Kritik sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder und schildert hierauf die internationale Arbeit der russischen Gewerkschaften.

Zentralverband der Invaliden, Eisleben

Am Sonntag, dem 3. Januar, fand im Eislebener „Volkshaus" die **Generalversammlung des Zentralverbandes der Invaliden Deutschlands,** Ortsgruppe Eisleben, statt. Die Ortsgruppe hat jetzt einen Mitgliederbestand von annähernd 1000 Mitgliedern erreicht, ein erfreulicher Aufstieg im letzten Jahre. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Berger gegeben und vom Revisor Hampel ergänzt. Dem Kassierer wurde die Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab einstimmige **Wiederwahl des alten Vorstandes,** bis auf den Revisor Hampel, der aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnte und an dessen Stelle der Kollege Gottschlink gewählt wurde.

Ueber die **Rentenbezüge der Knappschaftsinvaliden** sprach Kollege Koch und stellte die Forderungen der Fürsten dem gegenüber. Kollege Wessel ergänzte die Ausführungen und forderte die Anwesenden auf, **gegen die Fürstenabfindung** Sturm zu laufen. Der Stadtverordnete Genosse Liebau rückte in längeren Ausführungen und unter lebhaftem Beifall die soziale Fürsorge in das rechte Licht und verlangte, daß **die Invaliden fester zusammenstehen,** um die kommenden Kämpfe erfolgreich mit der organisierten Arbeiterschaft zu schlagen.

Nachdem unter „Verbandsangelegenheiten" noch einige Fragen geklärt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, ein jedes Mitglied soll mit dazu beitragen, den letzten Invaliden im Zentralverbande zu organisieren.

Ergebnisloe Lohnverhandlungen

DGB. was nun?

Nach Mitteilung des DGB. sind die bisher gepflogenen Verhandlungen über die Bezirkstarifverträge in der Provinz Sachsen ergebnislos verlaufen.

Mit Recht erklärt die DGB.-Gauleitung:

„Für die Landarbeiter gibt es kein Betteln und kein Bitten. Für die Arbeitskraft, die sie ihrem Arbeitgeber als ihr höchstes und heiligstes Gut zur Verfügung stellen, haben sie Anspruch auf eine auskömmliche Entlohnung."

Richtig ist auch, daß die unorganisierten Landarbeiter die Notwendigkeit der Organisierung im DGB. erkennen müssen. Ist darum aber die Aufgabe der DGB.-Führung erschöpft, wenn sie das predigt? Keineswegs! **Die Landarbeiter wollen wissen, was jetzt zu tun ist, um den „Anspruch auf eine auskömmliche Entlohnung" geltend zu machen, um ihn durchzusetzen.**

Wird die DGB.-Führung nun unter Anspannung aller Kräfte **an die Mobilisierung der Landarbeiterschaft** gehen und die Vorbereitung eines breiten, wuchtigen Kampfes zum Frühjahr in Angriff nehmen? Die Landarbeiterschaft fordert klare Antwort auf diese Frage!

Gewerkschaftserfolg in Braunschweig

In der Generalversammlung des **Sattler- und Tapeziererverbandes Braunschweig** wurden 5 Kommunisten und 1 Sozialdemokrat als Vorstand gewählt. Als Kartelldelegierte wurden zwei Kommunisten gewählt.

Kommunistische Zimmerer, Halle! Dienstag, abend 8 Uhr, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 6 wichtige Fraktionssitzung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Antwort an einen Demokraten

Von Olf

„Ein katholischer Pfaffe, der Mädchen verzauberlich, ist für die „Demokratie" weit weniger gefährlich, als ein Pfaffe ohne Mehgewand, ein Pfaffe ohne grobe Religion, ein dieser und demokratischer Pfaffe, der die Erschaffung eines neuen Gottes predigt. Denn den ersten Pfaffen zu entlarven ist leicht, es ist nicht schwer, ihn zu verurteilen und hinauszuwerfen — aber der zweite läßt sich nicht so einfach hinauswerfen — es ist tausendmal schwerer, ihn zu entlarven, und kein „zerbrechlicher und wankelmütiger" Kleinbürger wird sich bereit erklären, ihn zu verurteilen." (Lenin, „Briefe an Gorki".)

Herrn Universitätsbibliothekar a. D. Dr. Conrad!

Sie übersenden uns eine Notiz, in der ausführlich zum Besuch eines Vortrages in der Volkshochschule über die Stockholmer Kirchenkonferenz eingeladen wird. Nicht einmal so sehr die Notiz selbst fordert eine öffentliche Antwort, sondern die gleichzeitig übersandte Zuschrift, welche die Aufnahme der Notiz in dem „Klassenkampf" begründen soll. Sie schreiben in dieser Begründung, daß Sie politisch Demokrat seien und kirchlich Anhänger der liberalen Thologie. Sie übermitteln uns ferner **„den Satz der Botschaft** (von der Stockholmer Kirchenkonferenz, d. Red.) **neben andern, mit: „Da Christus die Wahrheit ist, begrüßt die Kirche Christi jeden Fortschritt der Vernunft und des Gewissens der Menschen."** In der Notiz selbst teilen Sie mit, daß die Konferenz sich auch an die Arbeiter der Welt wendet und **„ihr Streben nach einer sozialen Ordnung, in der durch Gerechtigkeit und Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit) die Möglichkeit für eine Entwicklung jedes einzelnen und des ganzen Menschengeschlechtes nach Gottes Willen geschieht."**

Sie irren, wenn Sie glauben, daß diese Art liberaler Theologie dem Wunsch, Willen und Nutzen der Arbeiter entspricht. Diese ist für die Sache der Arbeiter sogar gefährlicher als jene Art religiöser Amtsausübung, wie sie — um ein hallisches Beispiel zu gebrauchen — der Pfarrer Knoblauch pflegte. Es hätte auch keinen Sinn, auf die Phraseologie der Liberalen Theologie öffentlich einzugehen, wenn aus den übersandten Notizen nicht hervorginge, daß Sie an die soziale Sendung der liberalen Theologie wirklich glauben. Da muß man doch die Frage stellen, ob Sie, als Teilnehmer an der Stockholmer Kirchenkonferenz, sich noch der Beschlüsse erinnern, die in der Frage des Krieges abgegeben wurden. Aber vom Standpunkt der herrschenden bürgerlichen Klasse ist die Bejahung des imperialistischen Krieges natürlich ein „Fortschritt der Vernunft und des Gewissens der Menschen", wofür man Vokabeln wie „Vaterland", „Feld der Ehre" usw. erfunden hat. Und das „Streben nach einer sozialen Ordnung" bedeutet doch nichts andres als die Forderung auf Unterordnung der Millionen arbeitender Massen unter das ausbeutende Unternehmertum.

Im übrigen wird ja bei diesem „Streben" die fatalistische Einschränkung von „Gottes Willen" gemacht, womit zur Genüge bewiesen sein dürfte, daß die Religion nichts mit dem „Fortschritt der Vernunft" zu tun hat, selbst wenn es in hundert Proklamationen von allen Kirchenfürsten der Welt geschworen wird. Eine Religion, die Affenprozesse führt, ist leichter erledigt als liberale Theologie. Aber glauben Sie, Herr Doktor, die Arbeiterschaft vergleicht die sozialen Phrasen der Kirche — an die ihre Verfertiger glauben oder nicht glauben mögen — mit den Tatsachen. Und sie erkennen, daß sie keine Religion nötig haben, sondern Klassenbewußtsein.

Daß die Volkshochschule sich unkritisch mit der Stockholmer Kirchenkonferenz befaßt, ist ein Zeichen für die völlig eingengte Theologie der Demokraten, wenn man nicht an Böswilligkeit glauben soll. Es liegt auf derselben Linie wie der Bibelverkauf durch den ADGB., der die Gefährlichkeit Ihrer liberalen Theologie vollends enthüllt.

Im übrigen, da Sie sich auf Demokratie, Vernunft und Gottes Willen beziehen: Wie stehen Sie, Herr Doktor, zur Frage der Fürstenenteignung?

Polizeischikane in vermehrter Auflage

Eine sehr interessante Verhandlung wickelte sich gestern vor dem hiesigen Amtsgericht ab. Der „Deutsche Motorrad-Club" veranstaltete im August des vorigen Jahres ein sogenanntes Zuverlässigkeitsrennen, dessen Start und Ziel der Heidepark war. Das Rennen fand weitgehendste Unterstützung der hiesigen Polizeibehörde. Kurze Zeit danach, am 6. September, veranstaltete eine Konkurrenzvereinigung an gleicher Stelle ein ebensolches Rennen, an dem sich 60 Fahrer beteiligten. Kurz vor Beginn des Rennens erhielten die Veranstalter noch ein Schreiben der maßgebenden Behörde, die die Genehmigung zu diesem Rennen von einigen Bedingungen abhängig machte. Natürlich war die Zeit zu kurz, um das Rennen noch kurz vor Beginn abzublasen und es wurde beschlossen, die Bedingungen einzuhalten. Scheinbar haben aber die Veranstalter nicht mit dem „Eifer" der hiesigen Polizeigewaltigen gerechnet, die ja bekanntlich hin und wieder in geradezu grotesker Form zum Ausdruck kommt. Das Rennen verlief jedenfalls ohne besondere Zwischenfälle.

Umsomehr waren 58 von den 60 Teilnehmern erstaunt, als sie nachträglich von der hochwohllöblichen Polizeibehörde der Stadt Halle ein Strafmandat über 40 bzw. 60 Mark erhielten, weil sie auf der Strecke von der Eisleber Chaussee bis zu Schurigs Garten nicht die Fahrgeschwindigkeit auf mindestens 30 Kilometer herabgemindert hatten. Eine entsprechende Verfügung, auf die sich die pfiffige Behörde stützt, besagt nämlich, daß Kraftfahrzeuge in geschlossenen Ortschaften ein 30-Kilometer-Tempo auf keinen Fall überschreiten dürfen. Dieses Tempo ist auch von den Teilnehmern des Rennens prompt eingehalten, aber keiner von ihnen hat angenommen, daß die Polizei auch einen Weg, der restlos durch freies Feld führt, wie es bei der oben genannten Strecke der Fall ist, als eine geschlossene Ortschaft betrachtet. Die Folge war also Massenstrafmandate.

Einer der Beteiligten verlangte nun richterliche Entscheidung. Es wurde gleich eingangs der Verhandlung erwähnt, daß es sich hier um eine Prinzipienfrage handelt. Die Verteidigung des Angeklagten konnte dann auch zahlreiche Punkte anführen, wonach im Sinne des Gesetzes sich eine geschlossene Ortschaft merklich von der freien Feldmark unterscheiden muß. Es wurde auch geltend gemacht, daß bei dem kurz zuvor stattgefundenen Rennen des „Deutschen Motorrad-Club" es keiner Polizeibehörde eingefallen ist, die Fahrer, die dieselbe Straße ebenfalls im Renntempo durchfuhren, mit Strafen zu belegen. Weiter wurde bemängelt, daß an diesen Strecken kein Schild steht, daß diese als zu einer geschlossenen Ortschaft gehörig kennzeichnet, wodurch beispielsweise auswärtige Fahrer überhaupt nicht erkennen konnten, wo sie denn nun eigentlich ihre Geschwindigkeit reduzieren und wo sie diese wieder erhöhen konnten.

Konservative Kreise werden aber unserer lieben Polizei sehr dankbar sein. Sie haben auch Grund dazu. Man schadet allerdings dem Stadtsäckel dadurch, daß man derartige Veranstaltungen, die doch auch schließlich etwas abwerfen, in Zukunft vom hallischen Pflaster vergrault, aber auf der anderen Seite ist ohne Schwierigkeiten (die Teilnehmerliste lag ja gedruckt vor), lediglich durch Ausfüllen einer entsprechenden Anzahl Strafmandate ein schöner Batzen Geld verdient.

Daß das Gericht die Strafe der gestrengen Polizeiherren aufrecht erhielt, ist selbstverständlich. Was die Polizei oder der Regierungspräsident befiehlt, ist richtig und daran kann auch kein Richter etwas ändern, das war ungefähr der Sinn einer Aeußerung des Amtsrichters, die auch schon das Urteil andeutete.

Technische Nothilfe in Lettin

Der Skandal bei Hebung des Saalekahnes

O. Wir brachten bereits am Freitag einen kurzen Bericht über die Unternehmerrechtheit, die auf berechtigte Forderungen der mit Hebung des gesunkenen Saalekahnes beauftragten Arbeiter nur die Einsetzung der Technischen Nothilfe zur Antwort hatte. Nach eingehender Prüfung des Vorfalls hat sich herausgestellt, daß hier ein Skandal ohnegleichen ruchbar wird, der die vollkommen chaotischen, aber auf stärkste Profitpressung angelegten Methoden des Unternehmertums bloßlegt.

*

Die Hebung des Saalekahnes lag in den Händen der staatlichen Strommeisterei, die den Auftrag durch Strommeister Röhr vom Wasserbauamt Halle an die Schiffsbauwerft Griesler in Mucrena vergeben hatte. Von den Besitzern dieser Schiffsbauwerft, Griesler und Schwiegersohn, werden in Lettin erhebende Dinge erzählt, deren Inhalt ist, großen ganzen darauf hinausläuft, daß man an einem Abend 300 Mark für Schwelgereien ausgeben kann. Der Schwiegersohn des Herrn Griesler mußte sich nun Arbeiter für die Hebung des Saalekahnes zusammenholen. Er schlug nicht **den einzig ordnungsmäßigen Weg** ein, zur Gemeinde oder zum Arbeitsamt zu gehen und sich Erwerbslose oder Arbeiter zu holen, sondern er ließ durch einen ihm Bekannten einfach Leute zusammentrommeln, die dann teilweise

von vormittags 11 bis nachts um 11 an den Pumpen stehen mußten, bis zu den Knöcheln im Wasser, ohne Zeit ein Stück Brot zu essen, geschweige denn Pause zu machen.

Als sie fast zwölf Stunden dieser schweren Arbeit abgerissen hatten, erfuhren sie, daß sie nur 70 Pf., bzw. 1 Mark Stundenlohn erhalten sollten. Darauf machten sie sofort Schluß, denn sie hatten keine Lust, sich noch länger dafür zu schinden. Hier ist schon der Schwindel der „hallenschen Zeitung" zu einem Teil entlarvt. Nicht von der Gemeinde ordnungsmäßig angeforderte Erwerbslose haben die Arbeit hingelegt, sondern Arbeiter, die auf Grund irgendwelcher unzulänglichen Vereinbarungen an der Hebung des Kahnes beteiligt waren. Außerdem steht fest, daß es sich nicht um hallesche, sondern ausschließlich um Lettiner Arbeiter gehandelt hatte, womit die Denunziation der „hallenschen Zeitung", daß die hallischen Stadtverordneten in Zukunft nicht so „freigebig" zu den Erwerbslosen sein sollten, hinfällig wird. Die nunmehr eingesetzte „Teno" bestand zum Teil aus Stahlhelmern, die tagsüber in einem Betrieb beschäftigt waren und sich dann nachts an die Pumpen stellten. So arbeitet der Stahlhelmer Hoppe z. B. tagsüber auf der Bahn, nachts arbeitete er an dem gesunkenen Kahn und ließ sich am Morgen durch ein Auto wieder an seine Dienststelle bringen. Für diese Nachtarbeit hatte Hoppe ganze 16 Mark „verdient". Den Arbeitern, die Schluß gemacht hatten, wurde von ihrem kärglichen „Lohn" noch eine Stunde abgezogen.

*

Der Landrat des Saalkreises, der Sozialdemokrat Müller, hat bisher noch nicht widerrufen, daß er die Technische Nothilfe einzusetzen erlaubte. Es ist dem Herrn Landrat, dem ja noch immer der fette Frankfurter Polizeipräsidentenposten winkt, vielleicht darum zu tun, in den Augen der Regierung als Draufgänger angeschrieben zu sein. Darum paßt ihm die Meldung der „Hallenschen Zeitung" wahrscheinlich in den Kram, so daß er durch sein Schweigen zugibt, die aus Hakenkreuzlern zusammengesetzte Technische Nothilfe eingesetzt zu haben. Es wird Aufgabe der kommunistischen Kreistagsmitglieder sein, hier Aufklärung zu fordern. Denn es wird sich wieder einmal zeigen, daß die Herren Sozialdemokraten, an die Macht eines Regierungspostens gelangt, diese Macht dazu benutzen, der Arbeiterschaft im Auftrag der Unternehmer in den Rücken zu fallen. Wäre es nicht so, hätte es den Herrn Landrat nur ein kurzes Dementi gekostet, oder aber er legt, nach bewährten Mustern, kein Gewicht darauf, sich vor seinen eigenen Wählern zu rechtfertigen, sondern er will nur nach der Unternehmerseite hin annehmbar erscheinen. Sozialdemokratische „Moral" könnte man es nennen.

*

Es steht fest, daß der gesunkene Saalekahn 6000 bis 7000 Zentner Weizen führte, die nach Hamburg bestimmt waren. Ob sie von da ins Ausland dirigiert und nachher zu höheren Preisen einschließlich doppelter Profitraten und Zölle — wieder in Deutschland als Auslandsgetreide landen sollten, steht nicht fest, ist aber kaum zu bezweifeln. Fest steht jedoch, daß der Kahn mit 90 000 Mark versichert war, und daß die Versicherungsgesellschaft für die Hebung und Reparierung 65 000 Mark ausgesetzt hatte. Ob es bei diesen enormen Beträgen nicht möglich war, den schwer schuftenden Arbeitern, die, schlecht genährt und schlecht angezogen, doppelt schwer an der Arbeit zu tragen hatten, anständige Löhne zu gewähren, ist eine Frage, jeder Proletarier selbst beantworten kann. Was aber sagt man zu der Tatsache, daß beim Sinken des Kahnes von grober Fahrlässigkeit gesprochen werden muß, da man erfährt, daß an derselben Stelle schon mehrere Dampfer gesunken sind? Vor Jahren war es einmal mit Zucker beladener Kahn, zweimal waren es Personendampfer, denen diese Stelle zum Verhängnis wurde. Dies hätte verhindert werden können, wurde doch schon vor dem Kriege die Wegreinigung der Sandbank an dieser Stelle gefordert, was damals nicht mehr als 16 000 Mark gekostet hätte. Damals wurde von der zuständigen Stelle die Ausgabe für die Beseitigung der Sandbank vorweggenommen. Heute kostet die Hebung eines Kahnes — wie dargestellt — das Vielfache. Aber es kommt ja den Unternehmern auf schönen Profite an und nicht auf die Sicherheit der Gewässer.

*

Was lehren uns diese scheinbar zusammenhanglosen Tatsachen, die anscheinend durcheinanderlaufen? Sie lehren bei genauem Hinsehen, daß das Unternehmertum gewaltsam Anarchie in das Wirtschaftssystem bringt, weil es sich unter solchen Umständen besser lohnt, die Arbeiter auszubeuten. Durch die ganze Affäre geht wie ein roter Faden

die Geschlossenheit und der bewußte Wille des Unternehmertums, Klassenpolitik gegen die Arbeiterschaft zu treiben.

Erst sinkt ein Saalekahn an einer Stelle, weil Fahrlässigkeit bei Entfernung einer Sandbank verhinderte. Die Versicherungsgesellschaft macht dabei ein gutes Geschäft. Die Firma Schiffsbauwerft in Mucrena, macht gleichfalls ein gutes Geschäft, läßt Arbeiter zwölf Stunden lang schuften und beantwortet deren Forderungen mit dem Einsetzen der Teno, was noch billiger ist. Sie hebt die Arbeiterschaft gegeneinander, benutzt ihre Presse zu einem gemeinen diesen Schwindel, um die hallischen Stadtverordneten wieder gegen die Erwerbslosen aufzuhetzen. Ein wahres Meisterstück der Unternehmerdemagogie.

Die Arbeiterschaft aber hat — trotz der Arbeitersniederlagen — noch nicht die richtigen Lehren daraus gezogen. Sie merkte nicht, daß hinter der ganzen Geschichte eine planmäßig vorbereitete Unternehmesoffensive stand, der sie planmäßig zu begegnen hatte. Sie mußte die Umgehung des Arbeitsamts und der Gemeinde beantworten mit einer Geschlossenheit, die den Unternehmer zwang, den richtigen Weg zu gehen, der ihm ein solches Gegeneinanderausspielen der Arbeiter unmöglich machte. Klassenbewußtsein und Solidarität durften nicht erlahmen. Sie müssen in Zukunft ihren Ausdruck finden in restloser Organisierung in den Gewerkschaften und Schaffung einer festen Erwerbslosenbewegung im Saalkreis.

Der Betrug mit den Werkswohnungen

Solidarität ist „Hausfriedensbruch"

Von einem Arbeiter wird uns berichtet, welche unerhörten Zustände sich in der Frage der Werkswohnungen ergeben. In den **Stieler-Werken in Merbitz** ist es üblich, daß, wenn ein Inhaber einer Werkwohnung aus irgendeinem Grunde nicht mehr bei der Firma beschäftigt ist, ihm die Wohnung gekündigt wird und er, wenn der Termin zur Räumung herangekommen ist, rücksichtslos auf die Straße fliegt. So ging es auch einem Arbeiter K. aus Merbitz, der bereits seit Mitte Dezember auf der Straße liegt und jetzt mit seiner vierköpfigen Familie im Armenhaus untergebracht ist. Als bei der Exmission damals seine Möbel und sein Besitz auf die Straße geschleppt waren, **erfuhren ihm die Kartoffeln und das Vieh.** An Ersatz denkt Oberhaupt niemand. Als andere Arbeiter, die gleichfalls eine Werkwohnung inne hatten, die exmittierte Familie behelfsweise bei sich unterbringen wollten, wurde ihnen das von der Werkleitung verboten, ja die Bewohner wurden mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs bedroht. So wie es dem Arbeiter K. ergangen ist, soll es jetzt zwei weiteren Arbeitern gehen, die aus den famosen Stieler-Werken entlassen sind.

Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit, dies allergrößte Elend auf die Proleten herabzubeschwören, macht den Unternehmern nichts aus, wenn sie nur ihre Dividende scheffeln können. **Die Arbeiter aber seien vor den lockenden Angeboten von Werkswohnungen in Zukunft gewarnt.** Auch ihnen kann es geschehen, daß wenn sie eine eigene Wohnung aufgeben und eine Werkwohnung beziehen, sie eines Tages auf der Straße liegen. Keine Behörde will für solche Unglücklichen dann das Recht auf eine andere Wohnung zugestehen, und sie müssen unter den furchtbarsten Umständen in Obdachlosenasylen, Armenhäusern usw. kampieren.

Es ist zu fordern, daß die Arbeiter in den Mieterorganisationen auch einmal diese Frage anschneiden. Es kann nicht so weitergehen, daß die Mieterorganisationen mit ihrer starken proletarischen Mitgliedschaft sich nur um mehr oder weniger spitzfindige Gesetzesklauseln herumstreiten. Es muß konkrete Arbeit geleistet werden, um dem Wohnungselend abzuhelfen. Es muß Material über Fälle von Ermittierungen gesammelt und der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Wenn die Mieter haben von der Seite der Hausbesitzer und Unternehmer nicht die geringste Schonung zu erwarten, wie der „Hausfriedensbruch" beweist, den man aus einer solidarischen Handlung von Arbeitern konstruieren will.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende, in letzter Zeit ergangene Rechtsentscheide des Kammergerichts in Mieterschutzsachen bekannt:

Ein Mieter hört dadurch, daß er unter Vorbehalt der Sicherung eines Ersatzraumes zur Räumung verurteilt ist, noch nicht auf, Verfügungsberechtigter im Sinne des § 4 des Wohnungsmangelgesetzes zu sein (17 Y. 134/25 vom 25. November 1925). — Die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Gewerbes, dem der Gewerbebetrieb des Mieters angehört, kann die Neufestsetzung der Friedensmiete nach § 2 Abs. 4 S. 1 des Reichsmietengesetzes rechtfertigen (17 Y. 141/25 vom 25. November 1925). — Die Zustimmung des Vermieters zum Wohnungstausch kann das Einigungsamt nach § 8 des Wohnungsmangelgesetzes nur ersetzen, wenn alle Tauschbewerber selbständige, benutzte Wohnungen haben.

Für die hallesche Tuberkulosewoche.

die in der Zeit vom 18. bis 23. Januar, abends 7½ Uhr, im Thaliasaal stattfindet — Filmvorführung und wechselnde Vorträge —, werden Karten zum Preise von 0,50 Mk. an folgenden Stellen ausgegeben: Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstraße, Reinhold Koch, Alte Promenade 1, Lippertsche Buchhandlung, Gr. Steinstraße, Zigarrenhandlung Fiebler, Oleariusstraße, Zigarrenhandlung Kurt Walla, Poststraße, Zigarrenhandlung Kopsch, Steinweg 29, Zigarrenhandlung Creuzmann, Talstraße 2, Buchhandlung Borth, Reilstraße 36.

Ammendorf

Schulentlassungsfeier. Alle Kinder, welche Ostern in der Jugendweihe teilnehmen wollen, haben sich bis zum 20. Januar in die ausliegenden Listen eintragen zu lassen. Dieselben liegen in den drei Konsumverkaufsstellen aus.

Canena, Dieskau, Bruckdorf, Zwintschöna

Die Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Feier für die genannten Ortschaften dieses Jahr in Canena statt, bei der Revolutionsfeier, wirkt auch diesmal die „Proletarische Tribüne Halle" mit und wird außer einer Sprechchor sieben lebende Bilder in melodramatischer Bearbeitung zur Aufführung bringen. Der übrige Teil des Programms setzt sich aus Darbietungen der Arbeiter-Sänger, aus der Gedächtnisrede und aus Rezitationen zusammen. Die Arbeiterschaft der genannten Orte muß die Feier ihrer toten Kampfgenossen durch regen Besuch zu einer würdigen machen.

Osmünde

Oeffentliche Erwerbslosenversammlung. Da hier im Amtsbezirk Osmünde sehr viel Arbeitslose vorhanden sind und nicht wissen, in was für eine traurige Lage sie versetzt sind, so macht es sich nötig, hier eine öffentliche Arbeitslosenversammlung einzuberufen und zwar am Montag, dem 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof von Möslein. Des Nähere wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Montag, den 11. Januar, abends 7½ Uhr, im Jugendbureau wichtige Sitzung.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Ammendorf

Dienstag, den 12. Januar, abends 7½ Uhr im Lokal „Post": Oeffentlicher Gruppenabend. Thema: Lenin, Liebknecht — Luxemburg, ihr Leben und Werk. Die Kameraden Roten Jungsturm sind hierzu herzlichst eingeladen.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Bezirk 4: Montag abend 6 Uhr im „Volkspark".
Bezirk 1: Dienstag abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft
Bezirk 2 und 3: Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft
Freitag abend 6 Uhr gemeinsamer Gruppenabend in der Produktiv-Genossenschaft
Sonnabend nachmittag 4 Uhr Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Obleute, Kassierer sowie sonstigen Funktionäre müssen pünktlich erscheinen.
Wir bitten die Genossen und Genossinnen, zu ihren Veranstaltungen pünktlich zu erscheinen, aber nicht früher zu kommen.

Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre!

Am kommenden Sonnabend, dem 16. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark", Restaurationssaal, eine Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre statt, in der Kollege Eggert vom Bundesvorstand des ADGB. über

„Die Wirtschaftskrise und die notwendigen Maßnahmen

sprechen wird. Schon heute machen wir darauf aufmerksam, mit der Bitte, sich für diesen Abend von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

Ortsausschuß Halle (Gewerkschaftskartell).
Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0006

Massenaufmarsch gegen Fürstengeschmeiß

Kundgebungen und Demonstrationen im Bezirk Halle-Merseburg

Vorgestern und gestern fanden in 16 Orten unseres Bezirks Demonstrationskundgebungen gegen die Fürstenabfindung statt, die im allgemeinen stark besucht waren und auch einen glänzenden Verlauf genommen haben. Ueber die Veranstaltungen sind uns folgende Berichte zugegangen:

Kundgebung in Zscherben

Der Auftakt zu den Massenkundgebungen gegen den Millionenraub der Fürsten fand am Sonnabend, dem 9. Januar, in Zscherben statt. Lange Jahre waren die Versammlungen nicht so besetzt wie diese, ein Zeichen, daß alle Arbeiter interessiert die Vorgänge in den Parlamenten verfolgen. **Viele waren erschienen, die in ihrem Leben noch keine kommunistische Versammlung besucht, bzw. kommunistisch gewählt haben.**

Erschienen waren 150 Personen, dem kleinen Ort angemessen eine Massenversammlung. Der Landtagsabgeordnete Genosse Max Lademann hielt das Referat. In einer fast zweistündigen Rede stellte Genosse Lademann die außenpolitischen Fragen auf, um dann in seinen weiteren Ausführungen die Forderungen der Fürsten zu kennzeichnen. Unter stürmischem Beifall konnte Genosse Lademann die Stellung der KPD. zur Fürstenabfindung, welche lautet: **„Keinen Pfennig den Fürsten! Her mit dem Volksentscheid und Erhöhung der Erwerbslosen-, Invaliden- und Kriegs- und Sozialrenten** kennzeichnen. Eine Diskussion fand nicht statt. Eine Resolution zur Fürstenenteignung fand einstimmige Annahme. Der Erfolg der Kundgebung war, daß eine gute Ortsgruppe der KPD. geschaffen wird und mehrere Aufnahmen für den RFB. gemacht wurden. Fünf Mark „Partei-in-Not"-Marken konnten der Bezirkskasse übermittelt werden.

Demonstration in Ammendorf

Gestern fand auch in Ammendorf eine öffentliche Kundgebung mit gegen Fürstenabfindung, für Erhöhung der Renten um 100 Prozent und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Um ½11 Uhr bewegte sich ein Zug von **1000 Personen** vom „Dreierhaus" aus nach dem Platze vor dem „Deutschen Hause". Im Zug, dem sich unterwegs immer mehr Arbeiter anschlossen, waren alle politischen und proletarischen Korporationen vertreten. Genosse Lademann, der oft durch Beifallskundgebungen unterbrochen, geißelte aufs Schärfste das Gebaren der jetzigen Regierung und der habgierigen Fürsten. Er brandmarkte auch scharf den Raub der Ammendorfer Arbeitervertreter, der an der Gemeinde Ammendorf vollzogen werden soll.

Eine vorgelegte Resolution gegen die geplante Fürstenabfindung wurde von der versammelten Menge, aus allen Schichten zusammengesetzt, mit großem Beifall angenommen. Der Zug begab sich dann wieder zurück nach dem „Dreierhaus".

Können

In der am Sonntag, dem 10. Januar, stattgefundenen Protestkundgebung gegen die Fürstenabfindung referierte der Genosse Härtel, Halle. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß unter den 100 Anwesenden auch mehrere Reichsbannerleute eingefunden hatten, die damit bekundeten, daß sie trotz Sabotage ihrer Führer sich nicht für die Abfindung der Fürsten bereit erklären. Die Entschließung für entschädigungslose Enteignung der Fürsten und für Volksentscheid wurde einstimmig angenommen.

Altranstädt

Bei am Sonnabend hier stattgefundene Kundgebung war von etwa 70 Personen besucht. Genosse Härtel, Halle, hielt das Referat und fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Die Entschließung für entschädigungslose Enteignung der Fürsten fand einstimmige Annahme.

Lützen

Zur Demonstration gegen die Fürstenabfindung hatten sich gestern abend etwa tausend Personen auf dem Marktplatz in Lützen eingefunden, wo Genosse Bernhard Koenen, Merseburg, referierte. Nach dem eindrucksvollen Demonstrationszug durch die Stadt Lützen mit der Teilnehmer in vorbildlichem Marsch mit den Fahnen und Kränzen Wilhelm dem Letzten am Galgen von Lützen über Bothfeld, Gröbers usw. nach Dürrenberg. Vormittags waren schon die Genossen Dürler von den Merseburger und Dürrenberger Genossen bei dem Marsche nach Lützen beliegt worden, so daß der Sonntag eine gewaltige Kundgebung für die Einheitsfront in Stadt und Land gegen Reaktion und Monarchie gewesen ist.

Massenaufmarsch der Zeitzer Arbeiterschaft

Über 8000 demonstrierten gegen den Raubzug der Fürsten

Am am 10. Januar von der KPD., SPD., dem Roten Frontkämpfer-Bund, Reichsbanner, Gewerkschaftskartell, Sportkartell und Arbeiterkartell gemeinsam veranstaltete Demonstration gegen den **Millionenraub der Fürsten und gegen die Verelendung der werktätigen Massen war eine der wuchtigsten Demonstrationen, wie sie Zeitz seit langer Zeit nicht gesehen hatte.** Um 11 Uhr rückten in langen Zügen die klassenbewußten Arbeiter nach dem Sammelplatz Schützenplatz. Vor allem waren die umliegenden Ortschaften außerordentlich zahlreich erschienen. Ueber eine Stunde dauerte der Demonstrationszug, der sich durch die Straßen bewegte. Unzählige Transparente befanden sich im Zug, mit Aufschriften: „Hinweg mit diesem Ausbeutergesindel!", „Kämpft für ein menschenwürdiges Dasein!", „Beseitigt die heutige Gesellschaftsordnung!"

Der Altmarkt vermochte die Menschenmassen kaum zu fassen. Die Zahl 8000 scheint noch zu gering geschätzt zu sein. Es herrschte auf allen Gesichtern Kampfesmut.

Nachdem der Sängerchor das Lied der Freiheit: „Mein Licht" gesungen hatte, sprachen die Redner der KPD. und SPD. zu den Massen, wobei sie aufforderten, den Kampf aufzunehmen gegen die Unterdrücker. Eine Genossin vom Jung-Spartakus-Bund forderte auf, gemeinsam mit den Erwachsenen zu kämpfen für Beseitigung der heutigen Gesellschaftsordnung.

Zum Schluß wurde folgende

„Resolution,

die spontan aus der Menge herauskam, einstimmig angenommen:

An den

ADGB., Reichstags- und Landtagsfraktion der KPD. und SPD.

Tausende versammelte Arbeiter von Zeitz und Umgegend erheben allerschärfsten Protest gegen die geplante Fürstenabfindung. Wir verlangen von den obengenannten Organisationen, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß dieses verbrecherische Vorhaben zunichte gemacht wird.

Keinen Pfennig den Fürsten! Sondern Einleitung sofortiger Maßnahmen, um den Tod Millionen Werktätiger zu verhindern! Völlige Enteignung! Umwandlung der Villen und Schlösser in Erholungs- und Kinderheime! Her mit dem Volksentscheid! Kampf für die Interessen der werktätigen Bevölkerung! Arbeiterschaft von Zeitz und Umgegend.

Nachdem die Spielleute der verschiedenen Vereinigungen noch zum Schluß gemeinsam die „Internationale" gespielt hatten, wurde die gewaltige Kundgebung aufgelöst. Die Demonstration hat gezeigt, daß die Zeitzer Arbeiterschaft nach wie vor ihren revolutionären Elan behalten hat. Sie braucht nur gerufen zu werden. Vorwärts auf diesem Wege, dann wird die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Starke Beteiligung in Hettstedt

Versuchte Sabotage seitens der Reichsbannerleitung

In den breiten Kreisen der Arbeiterschaft rufen die Forderungen der ausgerissenen Fürsten eine große Empörung hervor. Für die Mansfelder Arbeiter sind die Fürstenforderungen und die geplante Abfindung eine besondere Provokation. Denn zu gleicher Zeit, da von denen „von Gottes Gnaden" Millionen in den Rachen werfen will, **„findet" die Mansfeld-A.-G. Hunderte von Arbeitern „ab"**; das heißt, sie wirft sie auf die Straße und gibt sie einem jämmerlichen Elend preis. Und alle anderen Arbeiter, denen es überhaupt noch gestattet wird, Profite für die Aktionäre der Mansfeld-A.-G. zu erschuften, sind vollends der hier üblichen Unternehmerwillkür ausgesetzt. Das alles hat die Mansfelder Arbeiter zum energischen Protest herausgefordert.

In Hettstedt kamen im Laufe der vorigen Woche **Vertreter aller Arbeiterorganisationen** (Gewerkschaftskartell, SPD., KPD. u. a. m.) zu einer Sitzung zusammen und legten eine große **Protestkundgebung** fest. Viele Hunderte Arbeiter sind nun am gestrigen Sonntag dem Rufe ihrer Arbeiterorganisationen gefolgt und haben durch starke Beteiligung die Demonstration zu einer wirkungsvollen gemacht. Am Nachmittag versammelten sich alle Organisationen zum Abmarsch nach dem Marktplatz. Besonders stark marschierte der RFB. hier auf. Nachdem der Arbeiter-Gesangverein die Kundgebung mit einem revolutionären Lied eröffnet hatte, sprach der Genosse Schnetter auf dem Marktplatz vor vielen Hunderten von Arbeitern über die Forderungen der ausgerissenen Hohenzollern. Die begeisterte Menge zeigte durch ihre Zustimmerufe, daß sie sich mit allen Mitteln für die Durchführung des Volksentscheides einsetzen werde. Durch viele Zwischenrufe wurde denen „von Gottes Gnaden" empfohlen, stempeln zu gehen.

An der Kundgebung nahmen SPD.-Arbeiter, als auch Reichsbannerkameraden teil. Die SPD. hatte sich schon vorher zur Teilnahme an der Demonstration gegen die Fürstenabfindung verpflichtet. Aber die Reichsbannerleitung hatte die Teilnahme abgelehnt. Um den Mitgliedern und Arbeitern des Reichsbanners die Teilnahme an der Kundgebung unmöglich zu machen, hatte die Reichsbannerleitung eine „Generalversammlung mit gemütlichem Beisammensein" (!) angesetzt. Trotz dieser Sabotageversuche nahm eine Anzahl Kameraden des Reichsbanners neben der SPD. an der Kundgebung teil. Wir wünschen, daß diese Kameraden auch in Zukunft den gemeinsamen Weg mit uns finden werden! Und sollte es über den Kopf ihrer Leitungen sein, wir reichen ihnen die Hand zu einheitlichem Handeln. Wenn die reformistischen Führer unter Zusammengehen sabotieren wollen, dann glauben wir, sind diese Kameraden Manns genug, sie zum Teufel zu jagen.

Nach der Kundgebung formierte sich alsdann ein **Demonstrationszug von mehreren Hundert Arbeitern.** Voran und inmitten zwei Spielmannszüge. An der Spitze und auch im Zuge selbst wurden rote Fahnen geführt. Auf vielen Transparenten kam der Wille der Masse gegen die Fürstenabfindung und für einen Volksentscheid zum Ausdruck. Diese Demonstration war seit langem eine der wuchtigsten in Hettstedt. Das zeigt, daß die Arbeiterschaft bei ihrer Geschlossenheit machtvoll ihren revolutionären Willen zeigen kann. Wenn die Arbeiterschaft auch in Zukunft einheitlich zusammensteht, wird sie gegen die Abfindung der Fürsten, so wird sie sich mit ihrem revolutionären Willen auch durchsetzen.

Glänzender Verlauf der Kundgebung in Bitterfeld

Die von der KPD. und dem RFB. für Sonntagnachmittag einberufene Protestversammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Trotz der etwas ungünstigen Zeit nahmen über 500 Personen daran teil. Erfreulicherweise waren Angehörige der Mittelschichten sowie auch sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannerangehörige erschienen. Die von der Referentin, Genossin Hedwig Krüger, Halle, vorgelegte **Resolution wurde einstimmig angenommen.**

In 1½stündigen Ausführungen erörterte die Referentin den Anwesenden in klaren, sachlichen Ausführungen die politische Lage. An Hand von Belegen wies sie nach, daß viele bisher Andersdenkende in der Auffassung darüber, was jetzt zu tun sei, mit uns vollständig übereinstimmen.

Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die sich jetzt sammelnde rote Front wurde die Versammlung geschlossen.

Gemeinsame Demonstration der Wittenberger Arbeiterschaft

An der Kundgebung in Wittenberg nahmen etwa 1200 Arbeiter teil. Vertreten waren KPD., SPD., Reichsbanner und RFB. Die Kundgebung erfolgte zusammen mit der Kleinwittenberger und Piesteritzer Arbeiterschaft. Abmarsch ½11 Uhr vom Schweinemarkt durch sämtliche Straßen Wittenbergs. Nach dem Referat des Genossen Ulrich Rogg und der Rede eines ADGB.-Vertreters aus Halle erfolgte der Rückmarsch nach dem Schweinemarkt, von wo aus die Piesteritzer Arbeiter geschlossen nach dort und die Wittenberger Arbeiterschaft geschlossen nach Freudenbergs Lokal zogen. Es waren nur einzelne Polizeiposten zu sehen.

Die Kundgebung in Torgau

In der vom Gewerkschaftskartell Torgau nach dem „Bürgergarten" einberufenen öffentlichen Volksversammlung waren Angehörige jeder Parteirichtung vertreten. Angefangen von den **Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten bis zu den Vertretern der Angestelltenschaft und des Mittelstandes,** die jetzt erst sich nach links entwickeln. Das Referat des Genossen **Maslowski** wurde mit starkem Beifall von den Anwesenden aufgenommen.

Der Vorsitzende der SPD. von Torgau erklärte sich ausdrücklich voll und ganz mit seinen Ausführungen einverstanden. Er betonte, daß er auf dem linken Flügel der SPD. stünde und daß er sich bemühen werde, in seiner Ortsgruppe den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten durchzubringen.

Eine Erklärung in demselben Sinne gab ein Vertreter des Reichsbanners ab. Er wandte sich ausdrücklich ab von den Ausführungen des offiziellen Reichsbanner-Redners Gebhardt, der in Delitzsch und jetzt erneut in Weißenfels für „angemessene" Fürstenrenten eingetreten ist. Er erklärte, daß die Mitglieder des Reichsbanners unbedingt einverstanden sind mit dem kommunistischen Vorgehen, einen Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung durchzuführen.

Eine **Resolution** in diesem Sinne, die wir an der Spitze des Blattes abdrucken, wurde auch **einstimmig** angenommen.

Annaburg

Die vom Ortsausschuß des ADGB., von der KPD. und den proletarischen Sportorganisationen einberufene Kundgebung nahm nach dem Referat des Genossen Kilian einstimmig eine Resolution an, in der schärfstens gegen den geplanten Millionenraub der Fürsten protestiert wird. Der Vorschlag der KPD. auf Volksentscheid soll unterstützt werden. Die Entschließung fordert alle Werktätigen auf, den Kampf aufzunehmen zur Verhinderung des Fürstenraubzuges und zur Enteignung derselben.

Die Resolution soll der Reichs- und der preußischen Regierung, sowie dem Bundesvorstand des ADGB. zugesandt werden.

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

Sie brach in Tränen aus und eilte aus dem Zimmer.

Frau Bright setzte sich auf und warf einen Blick in den großen Spiegel. Mit Entsetzen sah sie, daß sie die Stirne gerunzelt hatte. Um Gotteswillen, das darf sie nicht tun, das verursacht Falten. Sie strich mit den schmalen, weißen Fingern besorgt über die Stirn, lehnte sich dann abermals zurück, um noch eine Stunde vollkommen zu ruhen. Ruhe, Harmonie, Schönheit, Friede, um Leben ebenso notwendig wie körperliche Nahrung, Frau Bright, wir dürfen nie und nimmer gestatten, daß irgend oder etwas diese störe.

Aber die arme Frau sollte an jenem Tag ihre Ruhekur nicht finden. Die Tür wurde aufgerissen, Ethel stürzte ins Zimmer, erblaßt, mit vor Entsetzen geweiteten Augen.

„Mutter!"

„Was willst Du denn?" fragte Frau Bright ärgerlich. „Du weißt doch, daß ich jetzt ruhe und für niemand zu sprechen bin."

Erst bemerkte sie, daß Ethel am ganzen Körper zitterte und daß ihre Zähne gegeneinander schlugen. „Was hast Du? Bist krank?"

„Nein, ich habe ihn wieder gesehen!"

Frau Brights rosige Wangen erblaßten, aber ihre blauen Augen fragten Ethel unerbittlich an: „Wen?"

„Mutter, Du weißt doch!"

„Ich weiß," wiederholte Frau Bright mit eisiger Kälte.

„Onkel John."

„Ethel, Du bist verrückt!"

„Nein, nicht verrückt!" rief das Mädchen verzweifelt. **„Aber ich sah ihn schon einmal, in Tallahassee, vor zwei Monaten."**

„Du sahst einen alten Mann, der Deinem Onkel John glich. Ihre Züge doch, wir fuhren im Auto. Du konntest unmöglich Züge dieses Mannes genau unterscheiden."

„Manchmal ja aber heute sah ich ihn ganz genau. Er saß auf einer Bank im Park."

„Grausam! Du mit ihm?" **Frau Brights Stimme klang plötzlich**

„Ja."

„Und was geschah?" Als Ethel schwieg, drängte Frau Bright ungeduldig: „Was geschah? Erzähle doch."

„Ich lief auf ihn zu, rief: Onkel John!"

„Und er?"

„Er schaute mich erstaunt an, lächelte dann . . . Mutter, es war Onkel Johns gütiges, etwas trauriges Lächeln."

„Sprich doch weiter", herrschte Frau Bright sie an. „Was erwiderte er?"

„Er schüttelte den Kopf, sagte: Ich kenne Sie nicht."

„Also ein Fremder!" Frau Brights Stimme klang wieder hell und klar. „Siehst Du, was für Dummheiten Du machst, Ethel. Du weißt doch ganz genau, daß Onkel John vor sechs Monaten starb. Wir waren ja zusammen bei seiner Beerdigung.

„Ja, Mutter, das ist ja das Schreckliche, das Unbegreifliche. Onkel John ist tot, und dennoch bin ich ihm seither zweimal begegnet." Wie hilfesuchend warf sich Ethel neben der Chaiselongue auf die Knie und streckte die Arme nach Frau Bright aus. „Halte mich fest, Mutter, ich fürchte mich, ich fürchte mich. Stehen die Toten aus dem Grabe auf? Haben wir Onkel John etwas zuleide getan, daß er uns nach seinem Tode verfolgt?"

„Sei kein Kind, Ethel. Die Toten stehen nicht aus dem Grabe auf." Sie schlang den Arm um das Mädchen und zog es neben sich auf die Chaiselongue. „Beruhige Dich jetzt, denke nicht mehr an diesen Zufall."

„Aber, Mutter, ich stand dicht vor ihm, sah ihn, wie ich Dich sehe. Und, Mutter: es war Onkel John. Entweder die Toten stehen auf oder ich werde allmählich verrückt." Schaudernd barg Ethel das Gesicht in den Händen.

„Du bist nervös, mein Kind, überreizt. Wir werden Dich aufs Land schicken, dort wirst Du Dich erholen. Denke nicht mehr an diese Dummheiten."

Die kleine Empire-Uhr auf dem Kaminsims schlug halb Sieben. Frau Bright erhob sich rasch.

„Bleib' noch ein wenig liegen, Ethel, das wird Dir gut tun. Ich muß mich einreihen."

Sie streifte den Crepechine-Schlafrock ab, trat an den kleinen Marmorsockel und griff nach der goldenen, mit Diamanten besetzten Dose. Fast liebevoll nahm sie den Deckel ab, tauchte den Finger in eine weiche, duftende Masse und begann sich Gesicht, Nacken und Brust einzureiben.

Die großen, dunkeln Augen des Mädchens beobachteten sie mit einem seltsamen Blick.

„Mutter", sagte Ethel bitter, „Du glaubst an nichts, aber Du feierst dennoch jeden Tag einen Gottesdienst. Du solltest vor dem Marmorsockel ein ewiges Licht anzünden, Weihrauch. Für Euch alle ist dieses EJUS der einzige Gott, den Ihr anbetet."

Frau Bright warf einen Blick in den Spiegel und lächelte: „Ist etwas, das uns ewige Jugend und Schönheit sichert, nicht anbetungswürdig, Ethel?"

„Weißt Du auch, was Deine Jugend und Schönheit kosten, Mutter?"

„Selbstverständlich", entgegnete Frau Bright erstaunt, „fünfundsiebzig Dollars."

„Und das Leben anderer, das Glück anderer, das . . ." Ethel brach ab, „es hat ja keinen Sinn, mit Dir darüber zu sprechen."

„Gar keinen. Und jetzt geh und kleide Dich um, Ethel."

Das Mädchen erhob sich; blieb an der Tür stehen: „Mutter, es mag ja Wahnsinn sein, aber ich muß Fred doch von dem alten Mann erzählen, ihm sagen, daß ich seinen toten Vater sah."

Ethel schloß, ohne eine Antwort abzuwarten, hinter sich die Tür.

Frau Brights Gesicht wurde hart. „Das wirst Du nicht tun, mein gutes Kind," sagte sie vor sich hin, drückte dann rasch auf die Klingel.

Lisette, die hübsche kleine französische Zofe, erschien.

„Schnell, Lisette, wir müssen uns beeilen. Ich will vor Fräulein Ethel unten sein, das arme Kind fühlt sich nicht wohl, und ich möchte ihm die Anstrengung ersparen, unsere Gäste allein zu empfangen."

Als Ethel den großen Empfangssalon betrat, kam ihr die Mutter lächelnd entgegen. „Fühlst Du Dich schon wohler, liebes Kind?"

Fred Mannister war es während des sechstägigen Aufenthalts in Neuyork nicht gelungen, seinen Onkel Henry Bright zu treffen. Er hatte ihn vergeblich einige Male in seinem City-Bureau sowie im Brightschen Palais aufgesucht; jedesmal war entweder Herr Bright noch nicht gekommen oder eben fortgegangen. Deshalb hatte Mannister auch die Einladung zum Diner angenommen; auf diese Art würde er Henry Bright bestimmt treffen. Er mußte mit ihm geschäftliche Dinge regeln. Viel würde ihm ja der Vater nicht hinterlassen haben, denn der alte Gehetzte hatte sich nie aufs Geldverdienen verstanden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Die Schweizer Sozialdemokratie gegen kommunistische Arbeitersportfunktionäre aus Geschäftsrücksichten

Unser Schweizer Bruderorgan „Kämpfer" veröffentlichte am 22. Dezember ein Rundschreiben der Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, in welchem die sozialdemokratischen Sektionen Zürich, Winterthur, Oerlikon, Hongg, Seebach, Altestetten, Schlieren, Dietikon, Thalwill, Horgen, Wädenswil, Küsi, Uster, Wetzikon aufgefordert werden,

auf den nächsten Generalversammlungen der Arbeitersportvereine dafür zu sorgen, daß die Kommunisten aus den Vorständen geworfen und diese restlos mit Sozialdemokraten besetzt werden.

Diese Anweisung ist nicht von der politischen Leitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei herausgegeben worden — gewiß ist wird sie sie sicher haben — sondern, das muß ausdrücklich noch einmal festgestellt werden, von der Geschäftsleitung dieser Partei. Und geschäftliche Rücksichten waren es auch, die Anlaß zu diesem Rundschreiben gaben. In dem Zirkular heißt es:

Die Kommunisten haben in den Arbeitersportvereinen Einfluß gewonnen und diesen Einfluß dazu ausgenutzt, um der Unionsdruckerei Zürich (dort wird der „Kämpfer" gedruckt) Druckaufträge zu erteilen.

Also nicht etwa, daß die Kommunisten nicht im Sinne der Arbeitersportbewegung gearbeitet hätten, war der Grund zu der geplanten „Säuberungsaktion" (so heißt es im Rundschreiben wörtlich), sondern lediglich die Tatsache, daß die sozialdemokratische Genossenschaftsdruckerei in Zürich nicht alle Druckaufträge der Arbeitersportorganisationen erhalten hat. Um diesem geschäftlichen Uebelstand abzuhelfen, müssen nach Meinung der sozialdemokratischen Geschäftsleitung eben alle Kommunisten abgesägt werden. Diese an sich schon merkwürdige (um keine schärfere Formulierung zu gebrauchen) Einstellung erfährt aber noch eine bedeutende Verschärfung durch die Stellungnahme zur Arbeitersportbewegung überhaupt. In dem Rundschreiben heißt es dazu:

Die Arbeitersportbewegung ist nun einmal da und wir haben uns damit abzufinden.

Unser Schweizer Bruderorgan bemerkt dazu sehr richtig, daß dieser eine Seite die ganze Stellungnahme der schweizerischen sozialdemokratischen Partei zur Arbeitersportbewegung enthält. Ganz klar wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitersportbewegung der Schweiz zum Leidwesen der sozialdemokratischen Führer entstanden und gewachsen ist und, daß diese Sorte Arbeiterführer vor allen Dingen kein Interesse an der Förderung und Stärkung der Arbeitersportbewegung hat. Erklärlich wird die Einstellung der sozialdemokratischen Führer, wenn man feststellt, daß in Orten, wo starke sozialdemokratische Mehrheiten vorhanden sind, nur bürgerliche Sportorganisationen existieren. Weil die übergroße Mehrzahl von Sozialdemokraten Mitglieder in bürgerlichen Sportorganisationen sind, haben die Führer dieser Partei kein Interesse an der Förderung der Arbeitersportbewegung. Sie haben auch deshalb kein Interesse daran, weil es die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum empfindlich stören würde.

Wir geben diesen Tatsachenbericht kommentarlos wieder und lassen ihn durch die Arbeiter wirken. Was sagen die zentralen Instanzen der deutschen Arbeitersportbewegung und der SSJ. dazu?

Sowjet-Fußballer mit 5:0 in Paris siegreich

Am Neujahr trafen sich im Stadion Pershing in Paris eine russische Auswahlmannschaft mit einer Pariser Mannschaft der französischen FSA. (RSJ.). Den Russen ging der Ruf einer spielstarken Mannschaft voraus, so daß ihr Sieg von vornherein feststand. Die Mannschaft trat bereits zu Anfang der Woche in der französischen Hauptstadt ein und benutzte die Zeit zu eifrigem Training, dessen einzelne Teile einen Einblick in die methodische, fast wissenschaftliche Ausbildung des russischen Sportlers gaben: Zunächst allgemeine Freiübungen, dann eine Viertelstunde Gaslaufen, dann Spiele in der Gesamtmannschaft. Die körperliche Beschaffenheit der Spieler war dieser allgemeinen Körperkultur entsprechend: Wohlgestaltete Figuren, keine Kolosse.

Dem Spiel selbst wohnten 10 000 bis 12 000 Personen bei. Nach Begrüßung auf dem Spielfeld und dem Gesang der Internationale begann das Spiel. Die Ueberlegenheit der Russen trat gleich zutage; sie setzten sich in der französischen Spielhälfte fest. In der 20. Minute konnte der russische Spielführer das erste Tor einsenden. Bei diesem Ergebnis blieb das Spiel bis zur Pause. Nach Wiederanspiel gelingt es den Russen, das zweite Tor einzusenden; der französische Torwächter war herausgelaufen und gestürzt. Das dritte Tor ergibt sich aus einem Freistoß, das vierte und fünfte als Abschluß einer Kombination.

Die Technik der Russen, die nach den alten Spielregeln kämpften, wird auch von bürgerlicher, sachverständiger Seite als sehr hochstehend bezeichnet, ihr Kombinationsspiel gerühmt, ebenso ihr Zuspiel.

Bei der französischen Mannschaft fehlte es nicht an Autopsitzung und gutem Willen; aber diese Eigenschaften reichen nicht aus, um das fehlende Zusammenspiel zu ersetzen, das auch die als erstklassig bekannten Spieler nicht zur Entfaltung ihres Könnens gelangen ließ.

Die Russen werden ein zweites Spiel in Epinay gegen eine Auswahlmannschaft des Pariser Kreises austragen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 5. Kreis, 4. Bezirk

Sportgenossen und -genossinnen!

Hierdurch gebe ich bekannt, daß am **Sonnabend, dem 13. Februar,** abends 7 Uhr, in **Trebnitz** bei Luckenau vom Kreisvorsitzenden ein

Kursus für Vereinsleiter

abgehalten wird. Ich erwarte daß alle Vereine endlich einmal zusammen sind. Die Sportgenossen, welche Nachtquartier benötigen, wenden sich an den Sportgenossen Alfred Biering in Trebnitz. Ferner findet am **14. Februar,** vormittags 9 Uhr, daselbst unser

Bezirkstag

statt (Turner, Fußballer, Schwimmer).

Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Kreis- u. Bundesangelegenheiten, 3. Veranstaltungen im Jahre 1926, 4. Anträge, 5. Statutenberatung, 6. Wahlen, 7. Geschäftliches.

Die Wahl der Delegierten erfolgt noch nach dem alten Statut: Auf 25 Mitglieder entfällt ein Delegierter; wo Turnerinnen-Abteilungen vorhanden sind, müssen diese mit delegiert werden. Alle Delegierten müssen mit Buch sowie schriftlichem Mandat, welches vom Verein unterstempelt sein muß, versehen sein. Bücher sowie Mandat müssen am Eingang des Saales an die Wahlprüfungs-Kommission abgegeben werden; nach Beendigung der Sitzung werden die Bücher wieder zurückerstattet. Vereine, welche mit den Beiträgen (Kreis- und Bezirksbeiträge) noch im Rückstande sind, werden von der Tagung ausgeschlossen.

Anträge, die mit zur Verhandlung kommen sollen, müssen bis zum 1. Februar in meinen Händen sein; später eingehende finden keine Erledigung.

Der wichtigen und umfangreichen Tagesordnung halber ist es erforderlich, daß sämtliche Vereine vertreten sind und alle Delegierten pünktlich sowie vollzählig erscheinen. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß die Sitzung nur einen Tag dauert und jeder Delegierte bis zum Schlusse auszuhalten hat. Die Kosten für die Delegierten tragen die Vereine.

An die Arbeit, Sportgenossen und -genossinnen! Rüttelt bis zum Bezirkstage die Säumigen gut aus ihrem Schlafe, damit endlich der Bezirk in seiner vollen Stärke vertreten ist.

Ferner gebe ich bekannt, daß der Bezirkstag beschlossen hat, am **17. und 18. Juli 1926** ein

Bezirks-Sportfest

abzuhalten (wenn der Bezirkstag seine Zustimmung hierzu gibt), bei welchem Turner, Fußballer und Schwimmer ihre Mitwirkung zugesagt haben.

Um das Fest zu einer Massendemonstration für den Arbeitersport zu gestalten, ist es erforderlich, daß von allen Vereinen oder deren Leitungen dahin gearbeitet wird, daß an diesen Tagen in allen Orten unseres Bezirks keinerlei festliche Veranstaltungen von Arbeitervereinen getroffen, vielmehr alle Arbeiter, und ganz besonders unsere Mitglieder, für unser Sportfest gewonnen werden. Für Sportler und Fußballspieler wird für diese Tage Spielverbot erlassen werden.

Gleichzeitig ersuche ich die Vereinsleitungen, die vom Bunde ausgegebenen **Fragebogen gut auszufüllen und sofort an die auf den** Fragebogen angegebene Adresse zu senden. Es muß für die Vereine Ehrensache sein, diese Fragebogen restlos einzusenden, damit es uns möglich ist, eine genaue Statistik aufzustellen und einen klaren Bericht über den Stand der Vereine und Mitglieder geben zu können.

Mit Bundesgruß!

Der Bezirksrat. J. A.: Artur Hilbert, Vorsitzender.

Internationaler Ringkampf Deutschland — Schweiz

Der Anhalter Bezirk des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands veranstaltet zu Ostern in Dessau einen internationalen Ringkampf, zu dem er um die Teilnahme einer schweizerischen Mannschaft nachgesucht hat.

Sportnachrichten

Kreismeisterschaftsspiel

Fortuna Dölau 1. — Freie Turner Braunschweig 1. 3:5 (1:3), Ecken 3:4

Dieses Spiel fand am 10. Januar in Braunschweig auf dem Platze der Freien Turner statt. In flottem Mittelfeldspiel suchen sich die Gegner kennenzulernen; gefährliche Torbesuche finden auf beiden Seiten statt. Gleich nach Beginn rettet ein B. Verteidiger durch Kopfstoß, kurz darauf können die B. Stürmer freistehend nur schwache Torschüsse anbringen. Das erste Tor erzielt in 25. Minute B. Mittelstürmer, fünf Minuten später gab B. Tormann zu weit ins Feld und Fortuna kann zum Ausgleich einsenden. Ein schöner Kopfball und ein Schrägschuß nach kurzem Paßspiel bringen Braunschweig mit 3:1 in Führung. Ein weiteres Tor wird wegen Abseits nicht gewertet. Ohne Pause geht das Spiel weiter und Fortuna hat die blendende Sonne und Wind im Rücken. Nach drei Minuten steht es trotzdem 4:1. Nun dreht Fortuna auf und stellt mit schönem Schrägschuß das Spiel auf 4:2. Eine Minute später 4:3. Alles glaubt an den Ausgleich, doch die harte Verteidigung B. versucht mit allen Mitteln, den aufkommenden Sturm zu halten, schöne Schüsse hält der B. Tormann brillant. Bei Fortuna klärten die Verteidiger sicher, aber ein unhaltbarer Kopfball trifft als Nr. 5. Das Spiel geht auf und ab. Fortuna hat etwas mehr davon, in der 29. Minute schießt B. einen Handelfmeter über die Latte. Das Tempo bleibt flott, beiderseits werden schöne sichere Sachen ausgelassen. B. spielt auf Abwehr und hält das Resultat. Eine große Zuschauermenge war Zeuge des hochklassigen Spieles, welches jeden Vergleich mit den Leistungen von Sportlanderen aushalten kann.

Wörmlitz 1. — Union Weißenfels 1. 4:1

In Wörmlitz fanden sich obige Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber. Trotzdem der Platz etwas schlüpfrig war, kam ein guter und sehr lautloses Spiel zustande. Wörmlitz konnte in der ersten Halbzeit zweimal und in der zweiten Halbzeit auch zweimal erfolgreich sein. Union mußte sich nur mit dem Ehrentor begnügen.

Minerva 1. — Sportlust 1. 4:2 (2:1).
Minerva 2. — Sportlust 2. 4:0 (1:0).
Viktoria 2. — Brockdorf 2. 9:1 (4:0).
Fichte 2. — Brockdorf 1. 0:10 (0:5). Ein Moorspiel, das in Zukunft nie wieder ausgetragen werden soll. Nach Halbzeit F. mit zehn Mann.
Minerva 3. — Viktoria 3. 3:2 (1:0).

„Fichte" Ammendorf 1. Jugend — „Fichte" Halle 1. Jugend Resultat 0:2

Gestern wurde bei herrlichem Frühjahrswetter ein Spiel der genannten Jugend-Mannschaften ausgetragen, welches die Zuschauer voll und ganz zufriedenstellte.

12.05 gab der Unparteiische den Ball frei, und Ammendorf mit der Sonne im Rücken nimmt etwas mehr vom Spiel für sich in Anspruch. Die kleinen Fichte-Stürmer, halle, finden sich noch nicht so recht zusammen, da das ungewohnte Auge einer herrschaft aufs Spielfeld lachenden Sonne zuviel Rechnung tragen muß. Doch langsam findet sich auch Halle, und auf und ab fliegt das Leder. Verschiedentlich werden vor dem Tore Halles Situationen geschaffen, die der Torwächter sehr sicher klärt. Die verschiedenen Durchbrüche von Halle klärt die Ammendorfer Hintermannschaft stets sehr gut; doch kurz vor Halbzeit wird sie schön überspielt, und Halles Linksaußen nimmt den Ball in Empfang, geht aufs Tor und? schießt um 2 Metern eine prachtvolles Aus!!! Kurz darauf Abpfiff, und beim Stande von 0:0 werden die Seiten gewechselt.

Fichte Halle hat jetzt die Sonne im Rücken, hat Anstoß und entwickelt ein prachtvolles Kombinationsspiel, wie man es vor der Halbzeit nicht im entferntesten erwartet hatte. Scharf geht es auf Gegners Tor, und verschiedene Ecbälle sind eine bewejlende Ueberlegenheit Halles. Die Torbesuche Ammendorfs werden jetzt recht selten, aber wo auf Halles Heiligtum zuweilt aber zufliegt, wird sicherer Beute der Hintermannschaft Halles. Rechtsaußen bekommt den Ball zugespielt, flankt aufs Tor; der Torwächter läßt den Ball fahren und kann ihn erst hinter der Torlinie wieder aufnehmen. 1:0 für Halle.

Kurz nach Anspiel fällt ein Spieler von Halle so unglücklich, daß er vom Platze getragen werden muß. Mit zehn Mann spielend, läßt sich Halle doch nichts mehr vom Spiel nehmen, und einen Flankenschuß von Linksaußen kann der Ammendorfer Torwärter noch knapp zur Ecke ablenken. Ammendorfs Hintermannschaft verliert ab jetzt die Ueberlegung der Ruhe, und zwei Handelmeter sind das Kampfes Krönung für Fichte Halle. In sportlicher Weise werden beide auf den Mann geschossen. Beide werden mit Eleganz gehalten. Doch beim letzten springt das Leder noch einmal zurück ins Heiligtum, und kurz hinter der Torlinie lauert ihn der Torwart. Trotz allen Protestes wird Tor gegeben, und nach kurzer Zeit, die nicht zählbares mehr erbringt, ertönt der Schlußpfiff.

Wörmlitz Jugend — Union Weißenfels Jugend 2:0 (1:0). Auch hier gab es ein schönes Spiel zu sehen.

Handball

Minerva 1. — Fichte 2. 0:1 (0:1)

Am gestrigen Sonntag fanden sich auf dem Minerva-Platz obige Mannschaften im völligen Seriensplel gegenüber. Minerva mit voller Mannschaft, Fichte nur mit zehn Mann. Minerva hat Anwurf, und sogleich entwickelt sich ein flottes Spiel. Verbesserte Hinden wie Brock, aber Zählbares kann nicht erzielt werden. Fichte macht einen schnellen Durchbruch und kann durch Halbrechts in der 18. Minute unhaltbar einsenden. Nun folgt Mittelfeldspiel. Nach Halbzeit spielt Fichte leicht überlegen, aber Minervas Torwächter ist gut auf dem Posten. Ein Spieler von Minerva verletzt unsportlicherweise das Spielfeld. Allmählich macht sich die Sonne bemerkbar, so daß der schlüpfrige Ball oft aus den Händen glitt und die Angriffe erschwerte. Zum Glück erlöste bald der Schlußpfiff. Der Schiedsrichter befriedigte.

Wörmlitz 1. — Frisch auf Merseburg 1. 6:1.
Adler 1. — Dölau 1. 8:1 (2:0).
ASC. 1. — Sportlust 1. 1:1 (1:0).
Askania 1. — ASC. 2. 0:1. Bei diesem Spiel war der Schiedsrichter nicht anwesend, daher kam kein Serienspiel zustande.
Wörmlitz 2. — Frisch auf Merseburg 2. 2:5.
Fichte Jugend — Ammendorf Jugend 2:0.
Adler Schüler — Dölau Schüler 2:1 (0:1).
Wörmlitz Schüler — Frisch auf Schüler 0:0.

Sportlerinnen

ASC. — Sportlust 1:0. ASC. nur mit neun Sportlerinnen.
Minerva — Gleichenstein 0:0 (0:0).

Arbeiter-Sportkartell Halle (S. B.)

Alle Vereine, welche ihren Fragebogen noch nicht eingesandt haben, werden sofort nachholen im Interesse der Angelegenheit.

Vereine und Organisationen der einzelnen Sportarten, welche im Jahre Veranstaltungen und Trainingstage im Stadion haben wollen, haben dies einzureichen.

Zwecks der Versicherung haben alle Vereine, welche dem Kartell angeschlossen, ihre Jugendmitglieder bis zu 21 Jahren sofort dem Kartell zu melden mit Leitern. **Der Vorstand.** J. A.: Otto Gu

Am Dienstag, dem 12. Januar, findet im „Volksparl" eine Vorstandssitzung statt. Es wird Vollzählichkeit aller Vorstandsmitglieder, sich dazu einzufinden.

Jahreshauptversammlung findet am Dienstag, den 19. Januar, im „Volksparl" statt. Jeder Verein, welcher dem Kartell angeschlossen ist, hat seine Vertreter zu entsenden. Die Vertreter müssen erstens einen Ausweis des Vereins, versehen mit Stempel und Unterschrift, sowie einen Ausweis über ihre Person, mit Vereinsstempel versehen, mitzubringen, sonst kein Stimmrecht. **Der Vorstand.** J. A.: Otto Gu

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Anläßlich des Kreisspieles am 17. Januar in Halle: Dölau — Deitzig folgende Vereine zwei Ordner bzw. zwei Kassierer um 1 Uhr nach dem Stadion schicken: Teutonia 2, ASC. 2, Gleichenstein 2 und Krollwitz 2. Die restlichen Vereine mit Spielzeiten von 1924 an den Gesamtbezirk nach im Russischen wollen selbige es sofort nachholen, sonst zum Gaubezirkstage kein Stimmrecht. Es sind die Vereine mit folgenden Beträgen: Viktoria 12.40 Mk., Teutonia 19 Mk., Germania 10 Mk., Germania 7 Mark. Dieser Betrag ist an Genossen Otto Gu Halle, Wörmlitzer Straße 8, zu senden.

An Strafen für den Fußballbezirk sind im Rückstande die Vereine: **Bezirksliga:** Arbeiter-Sport 42, 9 Mark. **Meisterklasse:** Arbeiter-Sport 42, 9 Mark. **Ammendorf:** Arbeiter-Sport 42, 3 Mark. **Nietleben:** Arbeiter-Sport 47, 8 Mark. Arbeiter-Sport 47, 3 Mark. **Gleichenstein:** Arbeiter-Sport 47, 5 Mark. Arbeiter-Sport 40, 10 Mark. **Brockdorf:** Arbeiter-Sport 48, 42 47, 10 Mark. **Gröbers:** Arbeiter-Sport 42, 6 Mark. **Sportlust:** Arbeiter-Sport 42, 6 Mark. Strafen müssen bis zum 15. Januar an meine Adresse gesandt werden, ab 1. Januar sonst Spielverbot für die Vereine. **Der Vorstand.** J. A.: Otto Gurich, Kassierer.

Amtlich

Für Montag, den 18. Januar, wird die gesamte Jugendmannschaft von Halle, welche in Zörbig gespielt hat, einschließlich des Jugendleiters zur Vorstandssitzung im „Volksparl" geladen.

Die hierzu Aufgeforderten Fußballvereine werden ersucht, am 18. Januar, zu wichtiger Besprechung im „Volksparl" zu erscheinen. Die Ladung für den 11. ist hinfällig.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Serienspiele für Sonntag, den 17. Januar

1. Klasse. 3 Uhr Fichte 1. — ASC. 1., Fichte (Bandermann, Adler), Sportlust 1. — Schwimmer 1., Sportlust (Mosebach, Ammendorf); 2 Uhr Frisch auf Merseburg 1. — Wörmlitz 1. Nietleben (Krause, Fichte).

2. Klasse. 2 Uhr Fichte 2. — ASC. 2., Fichte (Dölau); 10 Uhr Askania 1. — Ottbello 1., Nietleben (Ammendorf).

Spielzeiten. 1 Uhr Fichte — ASC., Fichte (Askania); 2 Uhr Sportlust — Krollwitz, Sportlust (Schwimmer).

Gesellschaftsspiele für Sonntag, den 17. Januar

2 Uhr Wörmlitz 1. — Achilles 1., Wörmlitz (Schmidt, Minerva); 3 Uhr Dölau 2. — Diemitz 1., Wörmlitz (Achilles); 2 Uhr Lödnitz 1. — Schafstädt 1. (Fichte); 3 Uhr Nietleben 1. — WSV. Krollwitz, Nietleben (Krause, Fichte); Nietleben Frisch auf 2. — Achilles 2., Nietleben (Ammendorf); 3 Uhr Frisch auf Jugend — Ammendorf Jugend, Nietleben (Fichte); 11 Uhr Frisch auf Sch. — Schillers Sch., Nietleben (ASC.); 1 Uhr Thier Sch. — Frisch auf Sch., Sportlust (Krollwitz); 1 Uhr Wörmlitz Sch. — Minerva Sch. (Diemitz); Fichte 3. — Heissen 1., Fichte (ASC.). Zum Spiel Fichte 1. — Heissen 1. muß Fichte die Zeit noch angehen.

Am Donnerstag, dem 14. Januar, Schiedsrichterleitung im Restaurant „Blume", Torstraße. J. A.: Hermann

Deutscher Arbeiter-Reglerbund, Bezirk Halle

1. Gruppe. Spiele am 17. Januar in Passendorf: Freiheit — Saldern, 8 bis 12 Uhr vormittags; Freie Bahn Halle — Bormärts Halle von 12 bis 2 nachmittags; Freier Lauf Halle — Frisch drauf Halle von 4 Uhr nachmittags, im „Volksparl". Halle: Freier Lauf Ammendorf — Adler Friedrich Wilhelm, 8 bis 12 Uhr vormittags; Mückenberg Nauendorf — Zöllnitz von 12 bis 2 nachmittags; Krumme Gasse Ammendorf — Germania Gröbers von 5 bis 8 nachmittags. **Die Sportkommission.** J. A.: Hermann

SSC. Viktoria 08. Wir bitten, in Zukunft alle Sportangelegenheiten Sportgenossen Hermann Borchert, Halle a. S., Spitze 2, zu senden, angelegenheiten dagegen nimmt der Sportgenosse Gustav Seip, Halle a. S., Leipziger Straße 54, entgegen.

Sportvereinigung Achilles von 1890 (Schwerathletik). Mittwoch abend ab 8 Uhr die 1. Kindermannschaft und Erläuterung zwecks Aufstellung zum Seriensport. Sportlust 09 in der Turnhalle. Der Seriensport gegen Sportlust 09 am Sonnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Turnerschaft 1861 fällt aus. Dies der Mannschaft bekannt zu geben. **Der Vorstand.**

Handball. Sonntag spielt die 1. Mannschaft gegen Wörmlitz 1. um 12 Uhr Wörmlitz. 2. Mannschaft spielt gegen Fritzsch auf Nietleben 2. in Nietleben um 1 Uhr. Schüler gegen Fritzsch auf Nietleben Schüler um 11 Uhr in Nietleben. Die 1. und 2. Mannschaft trifft sich Mittwoch nach der Uebungsstunde zur Mannschaftsaufstellung im Vereinslokal.

Sportlust 1909. Unsere Uebungsstunden finden jetzt Montags und Donnerstags von 7½ bis 9½ Uhr, in der Turnhalle der Johannesschule (Eisenbahnstraße) statt. Donnerstag, den 14. Januar, findet unser Seriensport gegen Achilles statt. Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung, wozu wir erscheinen hat. Mitgliederlisten bei Ausschluß zu erwarten. Berufsbedingt haben am 9 Uhr zu erscheinen.

Boxklub Intersnational. Alle aktiven Mitglieder haben am Dienstag, 12. Januar, zwecks Mannschaftsaufstellung unbedingt zu erscheinen. Nichterscheinen wird bestraft.

Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung 1893 Weißenfels 1. — BSV. 48 Naumburg 1. 1:4. Beide Vereine setzten gleich zu Anfang des neuen Jahres freundschaftlichen Beziehungen fest und handen sich im Freundschaftsspiel Weißenfels gegenüber. Wie vorausgesagt, erzang BSV. Naumburg einen sehr guten Eindruck, aber allerdings im zweiten Teile, wo mit Eifer, dagegen hart und fairerlich weit unterlegen, stand einem alten routinierten Gegner gegenüber. Treffen gingen die jungen Spieler mit wahrem Feuereifer in den Kampf, aber gleichzeitig mit ihnen die jungen Naumburger, die sich kurzer Zeit in Führung setzten. Durch den kurz vorher niedergegangenen Regen werden an beide Hintermannschaften große Anforderungen gestellt. Naumburg unternimmt jetzt gefährliche Angriffe, die von den schnellen Weißenfelsern gut vorgetragen werden. Es dauert lange und der Mittelstürmer sendet unhaltbar zum Ausgleich ein. Langsam der Kampf auf und ab, und auf beiden Seiten werden günstige Torgelegenheiten ausgenutzt. Die jungen Weißenfelsler von 93 finden sich schnell und lesen dem schnellen Sturm von Naumburg außerhalb Widerstand bieten können aber nicht verhindern, daß Halbrechts kurz vor Halbzeit Naumburg Führung bringt. Nach Wiederanstoß machen beide Seiten verschiedene Anstrengungen, das Resultat zu verbessern, und es ist unentschieden. Jetzt Feldspiel überlegen ist. Aber der Innensturm ist in seinen Aktionen zu zahm gegen die Naumburger Verteidigung erfolgreich zu sein. 93 erhebt sich aus dem Tiefstand, aber Halb und Verteidigung ist nicht überzeugend, sie den Torwart nicht überwinden; entweder sie schießen dem Torwart Bälle oder daneben und darüber weg. Naumburg dagegen kann durch außen nach zweimal zu Erfolg kommen, wovon einer aber unbedingt hätte werden müßte. Den Stürmern von 93 möge zu empfehlen: Nicht über schießen, vor allen Dingen sich einen viel härteren Schuß angewöhnen, werden sie auch gegen körperlich trütigere Gegner erfolgreich sein können. Nach dem Spiel der ersten Mannschaft trafen sich die 2. Mannschaften beider Vereine. Auch hier konnte Naumburg einen Sieg von 3:0 mit nach Hause nehmen, vollständig verdient war. Von diesem Spiele wäre dasselbe zu sagen, wie vorstehend. Die Weißenfelsler 93 erzielten mit allem Eifer, dagegen hart und vollständig hilflos. Daß dann durch die Ueberlastung der Hintermannschaft fallen mußten, war bei den schnellen schußfreudigen Sturm von Naumburg klar. Für die ersten Mannschaft trafen Ab die 2. Mannschaften beiden Vereine.

Hohenmölsen 1. — Zeitz/Aue 1. 2:1 in Zeitz. Zu unserem erstmaligen unser dieses Spiel wird uns vom Fußballverein Zeitz/Aue geschrieben: Das in Nr. 52 über vorstehendes Spiel erschienene Bericht nicht der Wahrheit entspricht und bleibt, daß Hohenmölsen mit sonst „Zärtlichkeiten" den kurzen Ball halten mußte, daß gegen diese Mannschaft in der zweiten Halbzeit „nur" 10 Tore verhängt werden mußten. Auch Hohenmölsen doch in der ersten Halbzeit gut mit dem Spielen kommen und so hätte dem Zeitzer Sturm einer vielbeinigen Verteidigung und „Zartheiten" den Sieg zu erringen. Dabei schreibt Hohenmölsen noch, Aue habe sich bürgerliche Manieren angewöhnt. Unfairer Spielen, wie Hohenmölsen sie bei den bürgerlichen Spielen, zu hoch dem Leser nach objektiver Beurteilung klar sein wird, wer bürgerliche Manieren hat. Wir sind Meisterschafter der 1. Klasse im Bezirk Zeitz und daran ändern Berichte aus Hohenmölsen nichts.

Aus der Arbeitersportinternationale

Am 21. bis 25. Februar findet in Moskau ein Winter-Sportfest statt, zu dem wahrscheinlich auch finnische, schwedische und norwegische Arbeitersportler eingeladen werden.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. A.: Wilh. Bernau, Halle. Verlag: Volksblatt-Verlag, Eisleben.

In diesen Tagen lassteren unsere Träger die zweite Januar-Rate. Wir erbitten dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern. Der Verlag

Wachstuche, Frühstückskasten, Bauerwäsche, Gummi-Bieder, Gummi-Schuhe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260111-18/fragment/page=0008